

## Beschluss

Zukunftsfähig wirtschaften für nachhaltigen Wohlstand - Rahmen setzen für die sozial-ökologische Marktwirtschaft

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 16.11.2019  
Tagesordnungspunkt: WKF Wirtschaft, Klima, Finanzen

## Antragstext

- 1 Unser Wirtschaftssystem und unser Wohlstandsverständnis stehen vor dramatischen
- 2 Veränderungen. Dabei geht es um viel mehr als um eine konjunkturelle Flaute nach Jahren des
- 3 Booms. Viele der heutigen strukturellen Anreize zu produzieren, zu handeln und zu
- 4 konsumieren, stellen uns vor ökologische Probleme dramatischen Ausmaßes und befeuern sozial-
- 5 ökonomische Verteilungskrisen. Es geht um sehr grundsätzliche Herausforderungen.
  
- 6 Ein ungezügelter Natur- und Ressourcenverbrauch, die Abhängigkeit von Exportüberschüssen,
- 7 eine unzureichend regulierte Globalisierung, die Krise der Care-Arbeit, fehlende
- 8 Investitionen in die Zukunft: Die Krisen verdeutlichen, dass unser angestammtes
- 9 Wirtschaftsmodell so nicht mehr funktioniert. Der liberale Ökonom Nicolas Stern hat zu Recht
- 10 festgestellt: „Der Klimawandel ist der größte Fall von Marktversagen, den die Welt je
- 11 gesehen hat.“
  
- 12 Die enormen Wohlstandsgewinne kommen bei zu vielen nicht an und die Ungleichheit nimmt zu.
- 13 Globale Konzerne, die sich nationaler Rechtsetzung entziehen, und Finanzmärkte, die an
- 14 Stelle demokratischer Politik entscheiden, unter welchen Bedingungen wir Menschen leben. Das
- 15 alles höhlt nicht nur die Grundlagen des gemeinschaftlichen Zusammenlebens aus und gefährdet
- 16 bei uns und in vielen anderen Ländern immer stärker das Vertrauen in demokratische Politik.
- 17 Es zerstört auch die ökonomischen Grundlagen unserer Gesellschaft. Gleichzeitig erschüttern
- 18 globale Handelskonflikte die Weltwirtschaft und die multilaterale Weltwirtschaftsordnung.
- 19 Der drohende Brexit sorgt zusätzlich für Verunsicherung in der EU. Das hat Folgen. Nach
- 20 Jahren des Booms zeichnet sich in Deutschland ein ernsthafter Abschwung der Konjunktur ab.
  
- 21 Jede Generation hat ihre Aufgabe. Wohlstand als Frage der Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit
- 22 neu zu definieren und die Politik darauf auszurichten, ist unsere. Wir müssen jetzt den Mut
- 23 haben, weitreichende Entscheidungen zu treffen, dafür leidenschaftlich in der ganzen Breite
- 24 der Gesellschaft zu werben und nicht verzagt nur in Trippelschritten zu denken.
- 25 Übergeordnetes Ziel ist eine ökologisch nachhaltige, gerechte und emanzipatorische Welt.
- 26 Diese drei Dimensionen sind Richtschnur für die Bewertung der Zukunftsfähigkeit unseres
- 27 Wirtschafts- und Finanzsystems. Sie bedingen einander und dürfen nicht gegeneinander
- 28 ausgespielt werden. Wir sind dabei nicht blind für Zielkonflikte, die in demokratischen
- 29 Aushandlungsprozessen gelöst werden müssen.
  
- 30 Konzepten wie „Wachstum“, „Effizienz“, „Wettbewerb“ und „Innovation“ wird derzeit ein
- 31 Selbstzweck zugestanden, anstatt sie als das zu betrachten, was sie sein sollten: Mittel zur
- 32 Erreichung von Wohlstand und Lebensqualität innerhalb der planetaren Grenzen. Wir aber
- 33 wollen die fundamental wichtigere Debatte um gesellschaftliche Ziele führen, denen diese

34 Mittel unterzuordnen sind. So wollen wir auch individuelle und gesellschaftliche Freiheit  
35 neu beleben.

36 Richtig ausgestaltet schaffen wir die Grundlagen dafür, dass notwendige Innovationen in  
37 Europa entwickelt und marktfähig gemacht werden und damit zukunftsfähige neue Arbeitsplätze  
38 im Handwerk, in Startups, in der Dienstleistungsbranche und auch in traditionsreichen  
39 Industrieunternehmen entstehen. Dazu gehören auch massive Investitionen, öffentlich wie  
40 privat, um den immensen Investitionsstau in unserem Land zu begegnen, um mit Produktivität  
41 und neuen Ideen die immensen Aufgaben beim Klimaschutz schnell und entschlossen anpacken zu  
42 können.

43 Wir streben ein Wirtschafts- und Finanzsystem an, das die planetaren Grenzen einhält und  
44 gleichzeitig menschliche Entfaltung garantiert – und zwar weltweit, über Grenzen hinweg und  
45 für zukünftige Generationen. Ein zentrales Mittel dafür ist die **sozial-ökologische**  
46 **Neubegründung der Marktwirtschaft**. Sie ist das Gegenmodell zu einem unregelmäßigem  
47 Kapitalismus und einem autoritären Staatskapitalismus. Für dieses zukunftsfähige Modell der  
48 Marktwirtschaft ist mit der Gemeinwohlorientierung des Eigentums bereits die Grundlage  
49 gelegt. Art. 20a GG verpflichtet zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Die  
50 Sozialpflichtigkeit des Eigentums in Art. 14 Abs. 2 GG umfasst daher auch die Verpflichtung  
51 auf die Einhaltung ökologischer Leitplanken. Wir streben ein Wirtschafts- und Finanzsystem  
52 an, das die planetaren Grenzen einhält und gleichzeitig menschliche Entfaltung garantiert –  
53 und zwar weltweit, über Grenzen hinweg und für zukünftige Generationen.

54 Den Weg dahin bereitet ein **Green New Deal**. Er schafft den neuen Ordnungsrahmen für faires,  
55 ökologisches und nachhaltiges Wirtschaften. Er investiert mutig in die Zukunft. Er setzt  
56 neue Kräfte für Kreativität und Innovationen frei. Er sorgt für sozialen Ausgleich und soll  
57 zur Geschlechtergerechtigkeit beitragen. Er schafft die Grundlagen für einen nachhaltigen  
58 Wohlstand, der nicht auf der Ausbeutung der Natur und einer fossilen Wirtschaftsweise  
59 basiert, sondern den Mensch in den Mittelpunkt stellt.

60 Wir sind überzeugt, dass das freie und kreative Handeln von Menschen und die Dynamik eines  
61 fairen Wettbewerbs und gesellschaftlicher Kooperation nachhaltigen Wohlstand und innovative  
62 Problemlösungen schaffen können. Wenn die Rahmenbedingungen stimmen, bietet die  
63 Marktwirtschaft beste Voraussetzungen für sozial-ökologisches Wirtschaften. Die Kräfte von  
64 Märkten und Kapital können beeindruckend sein - sie haben unsere Gesellschaften und unseren  
65 Planeten in den letzten Generationen fundamental verändert. Märkte können Bedürfnisse und  
66 Fähigkeiten in komplexen Gesellschaften zusammenbringen und viele Menschen konnten sich so  
67 aus absoluter Armut befreien. Auch können Marktmechanismen zur Lösung mancher  
68 gesellschaftlicher Probleme beitragen. Doch andererseits können sie auch große  
69 Destruktivkräfte entwickeln: Anreize zur Ausbeutung nicht-erneuerbarer, zur Übernutzung  
70 nachwachsender Rohstoffe sowie zur Ausbeutung der Arbeitskraft von Menschen gehen zu Lasten  
71 von Ökosystemen und dem Wohl der Weltgemeinschaft. Konzentrationstendenzen auf Märkten  
72 verkehren ihre positiven Aspekte ins Gegenteil.

73 Märkte funktionieren nur mit klaren Leitplanken. Doch dafür braucht es den gesamten  
74 Instrumentenkasten aus Steuern-, Abgaben- und Ordnungsrecht sowie intelligenter öffentlicher  
75 Forschungs- und Förderpolitik. Wir wollen die Leitplanken im Markt so setzen, dass er  
76 zukunftsfähige Ergebnisse produziert. Im Wettbewerb soll erfolgreich sein, wer übergeordnete  
77 gesellschaftliche Ziele nicht konterkariert, sondern sie durch die dezentrale Suche nach den  
78 effizientesten Angeboten für Bedarfe befördert. Wir wollen die Besteuerung vom Faktor  
79 „Arbeit“ auf die Faktoren „Ressourcen“ und „Kapital“ verlagern sowie externalisierte Umwelt-  
80 und Sozialkosten internalisieren und damit in die Unternehmensbilanzierung ökologische und  
81 soziale Werte einpflegen.

82 Der Markt kann allerdings nicht das alleinige Organisationsprinzip für das Wirtschaften in  
83 einer Gesellschaft sein. Ein Großteil menschlicher Wirtschaftsbeziehungen erfolgt jenseits  
84 von Märkten – über den Staat, in Haushalten oder gemeinschaftlich organisierten Bereichen.  
85 Innovation und die Durchsetzung bester Ideen gibt es auch in kooperativen Systemen außerhalb  
86 kapitalistischer Märkte. Produktion und Eigentum kann auch in anderen Formen jenseits von  
87 Markt und Staat organisiert werden, etwa in Genossenschaften. Dazu bedarf es eine aktive  
88 Förderung solcher Alternativen und eine Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für  
89 ihre Ausweitung und Absicherung.

90 Technologische Entwicklung ist ein wesentlicher Baustein, um die genannten Ziele zu  
91 erreichen. Statt eines blinden Strebens nach technischen Innovationen wollen wir diese  
92 werte- und zielgeleitet gestalten und entsprechend fördern. Wir GRÜNE wollen einen  
93 Fortschritt, der sich nicht an der bloßen Anzahl technischer Innovationen festmacht, sondern  
94 daran, dass es eine konkrete Verbesserung der Lebensbedingungen für die Menschen und des  
95 Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen gibt.

96 Ein Green New Deal, der die planetaren Grenzen unserer Erde einhält, erfordert radikales  
97 Umsteuern und die Bereitschaft zu einem Kulturwandel, der Entfaltung nicht mit Konsum  
98 gleichsetzt, sondern Freizeit, Bildung, Familie, Gemeinschaft und Gesundheit aufwertet.

99 Die Aufgabe besteht darin, die all diese Allokations- und Kooperationsprozesse der Zukunft  
100 so auszurichten, dass sie den Menschen und der Natur dienen. Eigentum verpflichtet. Im  
101 Mittelpunkt unserer Wirtschaftspolitik stehen, nicht die Gewinne Einzelner, sondern das  
102 Wohlergehen aller Bürger\*innen und der Schutz der Umwelt. Dafür braucht es eine Politik, die  
103 beherzt vorangeht. Wenn wir es gut machen, können wir die großen Herausforderungen jetzt  
104 nutzen, um unsere Wirtschaft in Deutschland und in Europa auf Zukunft, Gemeinwohl und  
105 nachhaltigen Wohlstand zu drehen. Deutschland kann hier eine Vorreiterrolle einnehmen und  
106 vorleben, dass menschliche Entfaltung unter Einhaltung der planetaren Grenzen möglich ist.

107 *Es wird gelingen*

108 Unser Anspruch ist, dass Menschen sich entlang ihrer Vorstellungen in Freiheit und Würde  
109 entfalten können. Das erfordert ein Wirtschaftssystem, das Unternehmensgeist ebenso fördert  
110 wie es die Rechte von Beschäftigten schützt, nachhaltigen Wohlstand schafft, auf globale  
111 Gerechtigkeit zielt, die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern überwindet und  
112 gleichzeitig mit starken sozialen Institutionen Gerechtigkeit und Sicherheit garantiert.

113 Eine starke und zukunftsfähige Wirtschaft, starke staatliche Institutionen und ökologische  
114 Leitplanken sowie ein starkes soziales Netz sind deshalb Grundbedingungen für die sozial-  
115 ökologische Marktwirtschaft. Es bedarf auch einer ökonomischen Bildung für nachhaltige  
116 Entwicklung, um diese Transformation zu realisieren und die Menschen zu befähigen, an der  
117 Umsetzung der Ziele einer nachhaltigen Entwicklung lokal, national und global mitzuwirken.  
118 Was Unternehmen, Arbeitnehmer\*innen und Verbraucher\*innen nicht brauchen, ist eine  
119 wankelmütige Politik, die (zu) spät ihre Unterlassungen korrigiert und dann in hektischen  
120 Aktionismus verfällt. Was sie brauchen, ist ein berechenbarer Weg in eine grundlegend neue  
121 Welt.

122 Für Deutschland ist die Überwindung des Kohle- und Öl-Zeitalters ein entscheidender, ja ein  
123 schicksalhafter Moment. Automobil, Chemie und Maschinenbau waren die Säulen des Erfolges der  
124 deutschen Wirtschaft in den letzten Jahrzehnten, aber sie müssen sich neu erfinden, um den  
125 Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden. Dabei kann die deutsche Industrie  
126 auf das bauen, was sie – und vor allem den Mittelstand – stark gemacht hat: ihre  
127 Ingenieurskunst, ihre Kreativität, das mittelständische Tüftlertum, die Sozialpartnerschaft  
128 mit den Gewerkschaften und ihre europäische und globale Orientierung.

129 Der Green New Deal für eine sozial-ökologische Neubegründung der Marktwirtschaft wird dann  
130 erfolgreich sein, wenn er auf ein neues Bündnis aus Arbeit und Umwelt setzt. Ohne die  
131 Beteiligung von Beschäftigten, Betriebsrät\*innen und Gewerkschaften, ohne ihre Perspektive,  
132 ihren immensen Wissensschatz und ihre Wirkmacht in Unternehmen gelingt der Aufbau einer  
133 gemeinwohlorientierten Wirtschaftsordnung nicht. Wir wollen mit den Beschäftigten Seit an  
134 Seit für den Wandel kämpfen.

135 Viele Unternehmen machen sich bereits auf den Weg dahin. Mittelständler\*innen schalten ihre  
136 Produktion auf Klimaneutralität um, Finanzinstitute entziehen sich dem Geschäft mit fossilen  
137 Energien, IT-Unternehmen setzen auf Erneuerbare und Großkonzerne erweitern grüne  
138 Produktportfolios. Die Industrie verlangt bereits ein überzeugendes, ökologisches  
139 Modernisierungsprogramm für Deutschland. Die Technologien, Innovationen und Ideen sind da.  
140 **Die Politik muss jetzt liefern.** Eine teils noch schweigende, immer lauter werdende Mehrheit  
141 ist für eine positive, sozial-ökologische Gesellschaftsvision. Diese wollen wir in  
142 politisches Gewicht ummünzen und werden den engen Schulterschluss mit  
143 Wirtschaftsvertreter\*innen, Bürger\*innenbewegungen, Studierendenorganisationen,  
144 Gewerkschaften und kritischen Forscher\*innen suchen. Wir werden uns konsequent gegen die  
145 Kräfte behaupten, die einer Transformation entgegen stehen.

146 Mit folgenden Maßnahmen wollen wir den Weg in eine sozial-ökologische Transformation ebnen:

#### 147 **1. Ein neuer Wohlstandsbegriff**

148 Um den universalen Anspruch der Menschen auf Würde, Freiheit und Glücksstreben innerhalb der  
149 planetaren Grenzen zu erfüllen, brauchen wir eine andere Form, Wohlstand zu messen. Unser  
150 heutiges Wirtschafts- und Sozialsystem ist darauf angewiesen, dass die Wirtschaft stetig  
151 wächst. Wächst sie nicht, drohen im heutigen System Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit,  
152 geraten Staatshaushalt und Sozialversicherungen ins Ungleichgewicht und es verschärfen sich  
153 gesellschaftliche Verteilungskonflikte. Klar aber ist: Ein ökologisch blindes  
154 Wirtschaftswachstum und die ökologische Begrenztheit unseres Planeten stehen miteinander im  
155 Konflikt. **Dazu werden wir sowohl Wohlstand von Wachstum als auch Wachstum soweit möglich von  
156 Ressourcenverbrauch entkoppeln.** Wirtschaftswachstum ist nicht per se das Problem - der damit  
157 einhergehende Verbrauch natürlicher Ressourcen, die Überlastung natürlicher Senken - wie zum  
158 Beispiel Ozeane und Wälder - und die Ausbeutung billiger Arbeitskraft schon.

159 Maßgeblich ist daher, nach Maßgabe globaler Tragfähigkeitskriterien sowie ökologischer  
160 Regenerations- und Belastungsgrenzen, dem ökonomischen Prozess Vorgaben für den maximalen  
161 Verbrauch an nachwachsenden Ressourcen und die Inverkehrbringung fossiler Ressourcen zu  
162 machen. Deswegen müssen wir unsere Systeme darauf vorbereiten auch wachstumsunabhängig  
163 stabil zu bleiben.

164 Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist schon heute ein schlechter Indikator für Wohlstand und  
165 Lebensqualität, es ist blind für die sozialen Folgen und die ökologischen Schäden unseres  
166 Wirtschaftens. So werden etwa der Abbau von Ressourcen und die Zerstörung von Natur- und  
167 Sozialkapital im BIP überhaupt nicht berücksichtigt. Während Unternehmen beispielsweise den  
168 Rückgang von eigenen Bodenschätzen den Gewinnen gegenüberstellen und Abschreibungen  
169 vornehmen, macht der Staat das bisher nicht. Auch Reparaturmaßnahmen von Umweltschäden  
170 erscheinen im BIP als Steigerung, obwohl damit bestenfalls der Status quo wiederhergestellt  
171 und unter dem Strich nichts gewonnen ist. Genauso wird die unbezahlte Sorgearbeit, die vor  
172 allem von Frauen geleistet wird und eine unverzichtbare Grundlage unseres Wohlstands bildet,  
173 derzeit bei der Wohlstandsmessung nicht berücksichtigt. Wir schlagen deshalb **ein neues  
174 Wohlstandsmaß** und eine **neue Form der Wirtschaftsberichterstattung** vor, um neben den  
175 ökonomischen auch ökologische, soziale und gesellschaftliche Entwicklungen zu messen und  
176 Indikatoren dafür festzulegen.

177 Wir wollen damit Wohlstand in Deutschland und Europa zukünftig umfassender messen und den  
178 Fortschritt beim ökologischen Umbau der Wirtschaft langfristig abbilden Auch für die  
179 Unternehmen können davon innovative Impulse ausgehen. Wir wollen, dass öffentliche  
180 Unternehmen mit gutem Beispiel voran gehen und an der Erarbeitung der integrieren  
181 Berichterstattung als Pilotunternehmen mitwirken. Die von allen größeren privaten  
182 Unternehmen in ihrem Jahresabschlusszu veröffentlichenden über Nachhaltigkeitsindikatoren  
183 wie CO2-Emissionen wollen wir zukünftig für börsennotierte Unternehmen verpflichtend in die  
184 Kommunikation ihrer Finanzergebnisse einfügen, um so den Dialog mit Investoren und der  
185 Gesellschaft zu sozial-ökologischen Werten zu verstetigen. Bestehende Ausnahmen für nicht  
186 börsennotierte Unternehmen sowie für viele Banken und Versicherer wollen wir abschaffen. Wir  
187 wollen das Aktienrecht und die Bilanzierungsregeln so verändern, dass Aktiengesellschaften  
188 sich von innen heraus verändern und auf eine langfristige, nachhaltige Entwicklung  
189 ausrichten. Wir werden Aktiengesellschaften verpflichten, sich eine Nachhaltigkeitsstrategie  
190 zu geben. Dadurch schaffen wir einerseits Transparenz, andererseits wird so erst möglich,  
191 dass von einer Pflichtverletzung des Vorstandes abgesehen wird, wenn eine Entscheidung der  
192 nachhaltigen Entwicklung des Unternehmens, nicht der kurzfristigen Gewinnerwartung dient.  
193 Die nichtfinanziellen Ziele und Indikatoren sollten wie die finanziellen extern überprüft  
194 und testiert werden. Langfristig wollen wir erreichen, dass diese ökologischen und sozialen  
195 Werte auch entsprechend bepreist werden und so direkten Einfluss auf den wirtschaftlichen  
196 Erfolg eines Unternehmens haben.

## 197 **2. Die Wirtschaft klimaneutral machen**<sup>1</sup>

198 Wir können unser Wirtschaften verändern, aber nicht unsere Abhängigkeit von einer intakten  
199 Natur. Aus wissenschaftlicher Perspektive sind wir beim CO2-Ausstoß kurz davor, alle roten  
200 Linien zu überschreiten, vor denen uns fast alle Forscher\*innen warnen. Das hätte  
201 gravierende Konsequenzen für uns, unsere Kinder und Enkel. Die Auswirkungen spüren wir schon  
202 heute drastisch. Noch stärker betreffen sie jetzt schon Menschen im globalen Süden, obwohl  
203 sie am wenigsten zu dem menschengemachten Klimawandel beigetragen haben. Politisch werden  
204 die Klima- und Umweltauswirkungen unserer derzeitigen Wirtschaftsweise unsere Gesellschaften  
205 fordern wie nie zuvor.

206 Nach Jahren des Stillstands ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, schnell und massiv in die  
207 Infrastruktur zu investieren, die eine klimaneutrale Wirtschaft und Gesellschaft trägt. Um  
208 zur klimaneutralen Wirtschaft zu kommen, müssen **Bahn, Autos und Gebäude weitgehend**  
209 **elektrifiziert** werden. Für Lastwagen, Flugzeuge und Schiffe wird Wasserstoff eine zentrale  
210 Rolle spielen, ebenso für die Stahlindustrie, die Zementindustrie und Teile der  
211 Chemiebranche.

212 Die Energiewende muss dafür nach den Phasen der Markteinführung und Marktdurchdringung nun  
213 in die dritte Phase geführt werden, in der sie die Wirtschaft flächendeckend mit  
214 regenerativer Energie versorgt. Sie ist den Kinderschuhen entwachsen und muss im nächsten  
215 Jahrzehnt via **Sektorenkopplung** die Bereiche Verkehr, Industrie und Wärme erschließen.  
216 Gleichzeitig müssen Unternehmen drastisch Energie einsparen und effizienter verwenden sowie  
217 CO2-lastige durch CO2-neutrale Produktionsverfahren ersetzen.

218 Dabei können wir darauf bauen, dass technische und gesellschaftliche Entwicklungen nicht  
219 linear verlaufen, und dass wir effizienter oder besser werden können in einem **Sprung aus dem**  
220 **Gewohnten heraus**. Und darauf, dass die Marktwirtschaft ihre volle innovative Kraft entfalten  
221 kann, wenn wir die richtigen politischen Leitplanken setzen. **Märkte sind ein mächtiges**  
222 **Instrument**, sie schaffen und zerstören in rasendem Tempo. Sie können verheerende Krisen  
223 entzünden – Lehman Brothers lässt grüßen – und sie können gleichzeitig dafür sorgen, dass  
224 binnen weniger Jahre das Smartphone auch in den entlegendsten Winkeln dieser Erde Menschen  
225 miteinander verbindet. Märkte können, wenn die Anreize richtig gesetzt sind, eine **grüne**

226 **Revolution** entfachen, die unsere Vorstellungskraft auf die Probe stellen wird. Damit dies  
227 geschieht, muss der Staat durch **Ordnungspolitik, Preispolitik, Förder- und**  
228 **Investitionspolitik** den Rahmen so zu setzen, dass der Weg zum klimaneutralen Verhalten in  
229 einem sozial-ökologisch gerahmten Markt rechtlich verbindlich und ökonomisch lohnend ist.

230 Wir wollen weg von einem System, das nur kurzfristige Renditen belohnt und stattdessen  
231 Instrumente einsetzen, die eine langfristige und gesellschaftliche verantwortliche  
232 Unternehmenspolitik fördert.

233 **Ordnungsrecht bedeutet Planungssicherheit für die Unternehmen.** Also die verlässliche  
234 Vorgabe, dass Autos, Flugzeuge, Maschinen oder Kraftwerke ab einem bestimmten Datum kein  
235 Treibhausgas mehr ausstoßen dürfen. **Preispolitik schafft fairen Wettbewerb**, weil die  
236 Klimabilanz von Produkten zum Teil des Preises wird. Klimaschädliches Wirtschaften wird  
237 teurer, klimafreundliches Verhalten billiger. **Förder- und Investitionspolitik** gibt  
238 Starthilfen für neue Produkte und Produktionsweisen und verhilft ihnen über die Schwelle zur  
239 Wirtschaftlichkeit. Und sie schafft über den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur die Basis  
240 für ökologische Wirtschafts- und Lebensweise.

241 *Ein Klimaschutzgesetz macht die Vorgaben*

242 Das **Klimaschutzgesetz** ist das ordnungspolitische Herzstück. Ein solches Gesetz legt für alle  
243 Wirtschaftsbereiche (Sektoren) verbindliche CO<sub>2</sub>-Minderungsziele und CO<sub>2</sub>-Minderungspfade  
244 ebenso wie die dafür notwendigen Maßnahmen fest. Es garantiert eine dichte Kontrolle, ob die  
245 Maßnahmen wirken, und sieht empfindliche Sanktionen bei einer Verfehlung der Ziele vor.  
246 Ergänzt wird ein solches Klimaschutzgesetz durch weitere ordnungsrechtliche Vorgaben. Zum  
247 Beispiel wollen wir, dass ab **2030 nur noch emissionsfreie Autos** neu zugelassen werden und  
248 der Weg dorthin durch verbindliche Quoten für E-Autos bereitet wird. Auch der Umbau der  
249 energieintensiven Unternehmen ließe sich über ansteigende Quoten zum Beispiel für  
250 klimaneutralen Stahl in Autos oder auch Windrädern und Gebäuden nicht nur planungssicherer  
251 gestalten, die Unternehmen hätten gerade mit Blick auf die weltweiten Überkapazitäten so  
252 auch einen Wettbewerbsvorteil auf dem europäischen Markt.

253 *CO<sub>2</sub> muss einen Preis bekommen*

254 Ein **wirksamer CO<sub>2</sub>-Preis** ist für uns der zweite Teil des nötigen Instrumentenmixes, den wir  
255 zugleich klimapolitisch wirksam und sozial gerecht ausgestalten wollen. Nur so lassen sich  
256 zügig ein stabiler, langfristig orientierter Investitionsrahmen schaffen und mit  
257 marktwirtschaftlichen Mitteln Anreize zur Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes und für eine Umstellung  
258 von Produktionsweisen sowie für „Efficiency First“ beim Umgang mit Ressourcen setzen. Nur so  
259 lässt sich das Potenzial auf einer für alle Marktteilnehmer transparenten Basis für einen  
260 fairen Wettbewerb schaffen. Der CO<sub>2</sub>-Preis schafft Gerechtigkeit und steigert mittelfristig  
261 auch die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt – denn Klimaschutz ist nicht nur notwendig,  
262 sondern auch ein globaler Zukunftstrend.

263 *Keine Steuermittel mehr für klimaschädliches Verhalten*

264 Damit ökonomische Anreize ihr volles Potenzial entfalten können und zusätzliche finanzielle  
265 Spielräume für Zukunftsinvestitionen entstehen, wollen wir **umwelt- und klimaschädliche**  
266 **Subventionen konsequent abbauen.** Insgesamt betragen diese in Deutschland über 57 Milliarden  
267 Euro. Staatliche Subventionen wie die Steuerbefreiung von Rohöl zur Plastikherstellung, dem  
268 immer noch gewährten Beschaffungszuschuss für neue Ölheizungen oder die Nichtbesteuerung von  
269 Kerosin wollen wir endlich beenden.

270 Investitionen in CO<sub>2</sub>-neutrale Industrieprozesse, insbesondere in den Bereichen  
271 Metallproduktion (z.B. Stahl, Aluminium, Lithium), Chemie und Zement, lohnen meist erst bei  
272 sehr hohen CO<sub>2</sub>-Preisen, die das europäische Emissionshandelssystem derzeit noch nicht

273 abbildet. Damit sich solche Investitionen für Unternehmen schon heute rechnen, wollen wir  
274 den Unternehmen die Differenz zwischen dem aktuellen CO<sub>2</sub>-Preis und den tatsächlichen CO<sub>2</sub>-  
275 Vermeidungskosten erstatten, welche ihnen durch die Investitionen in neue Verfahren und  
276 Technologien entstehen (Carbon Contract for Difference). Die Kosten dafür können über eine  
277 Klima-Umlage refinanziert werden, die auf die Endprodukte aufgeschlagen wird und die für  
278 heimische Produkte und Importe gleichermaßen gilt. So rechnen sich diese Investitionen  
279 sofort und es werden kurzfristige Wettbewerbsnachteile gegenüber Regionen ohne eine  
280 entsprechende CO<sub>2</sub>-Bepreisung vermieden.

#### 281 *Förderpolitik gibt Starthilfe*

282 Wir lassen die Unternehmen bei der ökologischen Transformation nicht allein und wollen sie  
283 unterstützen. Für Investitionen in transformative, CO<sub>2</sub>-neutrale Industrieprozesse in den  
284 Bereichen Stahl, Chemie oder Zement wollen wir deshalb **bessere Abschreibungsmöglichkeiten**  
285 **schaffen und Leuchtturmprojekte CO<sub>2</sub>-neutraler Verfahren und Prozesse gezielt fördern**. Die  
286 Basis zur Entwicklung solcher Verfahren ist die entsprechende Forschung. Weiterhin richten  
287 wir die öffentliche Beschaffung konsequent klimaverantwortlich aus und schaffen so  
288 Leitmärkte, die innovativen Unternehmen die notwendige Sicherheit geben, dass ihre Produkte  
289 auch einen Markt finden, auf dem sie starten können.

290 Um den ökologischen Umbau zu fördern und gleichzeitig den sich anbahnenden  
291 Wirtschaftsabschwung zu bekämpfen werden wir die degressive Abschreibung (AfA) zeitlich  
292 befristet wieder einführen.

#### 293 *Plurale Bildung und Forschung ermöglichen*

294 Für ein Verständnis der Herausforderungen der Zukunft, wie z.B. die Klimakrise, und die  
295 Entwicklung von Lösungen brauchen wir in Forschung und Bildung Methoden- sowie  
296 Theorienvielfalt und kritisches Hinterfragen normativer Annahmen. Das bedeutet  
297 beispielsweise in den Wirtschaftswissenschaften, dass so genannte heterodoxe Ansätze – also  
298 z.B. feministische und ökologische Ansätze – deutlich stärker gelehrt und beforscht werden.  
299 Wir setzen uns dafür ein, dass das bei der Konzeption und Vergabe von Forschungs- und  
300 Förderprogrammen berücksichtigt wird. Mehr Forschung und Bildung zu Postwachstumsökonomien  
301 ist auch ein wichtiger Schlüssel für eine klimaneutrale Wirtschaft.

#### 302 *In die ökologische Infrastruktur investieren*

303 Investitionen in Klimaschutz bedeutet vor allem: Auf- und Ausbau der Stromerzeugung aus  
304 Erneuerbaren Energien und der dafür notwendigen Speicher und Stromnetze, Ausbau von  
305 Bahninfrastruktur, von ÖPNV, Fahrrad- und Fußverkehrsinfrastruktur, aber auch Aufbau von  
306 Ladeinfrastruktur für E-Mobilität sowie von Infrastruktur für erneuerbaren Wasserstoff.  
307 Wärmenetze, energetische Gebäudesanierung und der Ersatz von Öl- und Gasheizungen benötigen  
308 Unterstützung. Auch stehen die Rettung unserer Wälder, die Erhöhung von Deichen und die  
309 Schaffung von mehr Überflutungsflächen für Flüsse, der Umbau zu einer klima- und  
310 tierschutzgerechten Landwirtschaft an.

311 Allein die Bahn braucht mindestens drei Milliarden Euro pro Jahr, um die notwendige  
312 Verlagerung des Verkehrs von der Luft und der Straße auf die Schiene stemmen zu können. Für  
313 den Aufbau eines elektrischen Ladesäulennetzes brauchen wir ein Investitionsprogramm in Höhe  
314 von 600 Millionen Euro. Unser Programm „Faire Wärme“, mit dem wir die energetische  
315 Gebäudesanierung unterstützen wollen, umfasst 7 Milliarden Euro im Jahr. Dies sind nur drei  
316 Beispiele. Insgesamt plädieren wir für **zusätzliche öffentliche Investitionen in Höhe von 30**  
317 **Milliarden pro Jahr**.

#### 318 *Wettbewerbsfähigkeit sichern, Klimadumping verhindern*

319 Neben den notwendigen Anreizen müssen wir bei Einführung von ordnungspolitischen  
320 Klimamaßnahmen die europäische Industrie auch vor möglichen Nachteilen im internationalen  
321 Wettbewerb mit Staaten ohne eine vergleichbare Klimaschutzpolitik schützen. Dies kann über  
322 **Grenzausgleichsmaßnahmen** wie europäische **Klimazölle**, die auch auf Importe aufgeschlagen  
323 werden, oder über einen **Grundstoffausgleich**, der Recycling und weniger energieintensive  
324 Werkstoffe belohnt, geschehen. Auch die Finanzierung der zusätzlich notwendigen  
325 Investitionskosten für saubere Technologien könnte in Zukunft ein Weg sein, anstatt  
326 weiterhin kostenlose Zertifikate im Emissionshandel auszugeben.

327 *Divestment: Kapital aus fossilen in grüne Geschäftsfelder lenken*

328 Mit einer breit angelegten **Divestmentstrategie** wollen wir dafür sorgen, dass Anlagekapital  
329 zukünftig Klimaschutz statt Klimazerstörung finanziert. Öffentliche Banken und  
330 Versicherungen sollen **Investitionen in die Dekarbonisierung der Wirtschaft** umlenken und  
331 umgehend aus klimaschädlichen Wirtschaftsproduktionen wie Kohle- oder Erdölindustrie  
332 aussteigen. Damit auch Kleinanleger\*innen von der grünen Finanzwende profitieren und ihr  
333 Geld mit gutem Gewissen anlegen können, brauchen wir ein **EU-Label für nachhaltige**  
334 **Finanzprodukte** mit starken ökologischen und sozialen Standards. Damit alle Anleger\*innen  
335 nachvollziehen können, ob Unternehmen ökologisch wirtschaften, werden wir entsprechende  
336 Offenlegungspflichten einführen.

337 Neue Anlagerichtlinien für die öffentliche Hand, Fonds wie für die Beamt\*innenpension oder  
338 Rücklagen der Bundesanstalt für Arbeit sollen Nachhaltigkeits- und Klimaschutzkriterien  
339 folgen. Der Bund kann dem Markt für nachhaltige Geldanlagen wichtige Impulse geben. Dafür  
340 muss er seine Investitionen in Kohle-, Öl- und Gas-Konzerne, die Geschäfte auf Kosten des  
341 Klimas machen, beenden.

342 Damit neben der Rendite auch die Klima- und Sozialverträglichkeit zur Grundlage von  
343 Entscheidungen über Investitionen und Kreditvergaben gemacht werden, brauchen wir einen  
344 verbindlichen **europäischen Standard für Nachhaltigkeit**, dessen Leitplanken die 17 UN-Ziele  
345 Nachhaltigkeit (SDGs) sind, anhand dessen auch sozial-, geschlechter-, klima- und  
346 umweltschädliche Wirtschaftsbereiche klar benannt werden können. Auf dieser Grundlage müssen  
347 alle Finanzmarktakteure die Auswirkungen ihrer Investitionen offenlegen.

348 Klimarisiken, die in Konzern- und Bankbilanzen schlummern, sollten bei der Bewertung durch  
349 Rating-Agenturen und die Finanzmarktaufsicht berücksichtigt werden, zum Beispiel durch  
350 **Klima-Stresstests für Banken und Versicherungen** oder durch Aufschläge bei  
351 Eigenkapitalanforderungen bei Finanzierungen, die hohe Klima und Umweltrisiken bergen.

### 352 **3. Verwerten statt Verschenden: Kreislaufwirtschaft als übergeordneter Rahmen**

353 Die ökologische Wende kann nur gelingen, wenn wir nicht dauerhaft auf immer mehr Rohstoffe  
354 angewiesen sind. So können Unternehmen Kosten in erheblichem Umfang einsparen und außerdem  
355 können hunderttausende neue Jobs entstehen. Im Bereich Elektromobilität beispielsweise gibt  
356 es großes Potenzial, um durch Recycling der Lithium-Ionen-Batterien einerseits den  
357 ökologischen Fußabdruck zu verkleinern, andererseits den Bedarf an Rohstoffen zu senken.  
358 Dafür müsste nur die EU-Batterierichtlinie reformiert werden.

359 Unser Ziel ist der parallele **Aufbau einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft**. Diese  
360 basiert auf in sich geschlossenen Stoffkreisläufen. Der Kreislauf beginnt bereits bei der  
361 Produktgestaltung. Produkte müssen so designt werden, dass die jeweiligen Einzelteile auch  
362 wieder voneinander getrennt und sinnvoll wiederverwertet werden können. Dafür wollen wir  
363 verbindliche Vorgaben in der EU-Ökodesign-Richtlinie schaffen. Wir wollen Abfallvermeidung-  
364 und verwertung durch einen Mix aus Anreizen und Vorgaben stärken: Wir wollen **Recyclingquoten**  
365 **einführen**, welche die tatsächlich im Kreislauf geführten Wertstoffe messen. Hersteller\*innen  
366 sollen zu einer festen **Einsatzquote für recycelte Rohstoffe** verpflichtet werden.



367 Die Rücknahme- und Verwertungspflicht bei Produkten wie Verpackungen, Elektro- und  
368 Elektronikaltgeräten muss ausgeweitet und durch finanzielle Anreize gestärkt werden. Ein  
369 solcher Anreiz ist die Weiterentwicklung der Lizenzentgelte für Verpackungen zu einer  
370 **Ressourcenabgabe**, die gleichzeitig ökologische Verpackungen über einen Bonus fördert. Auch  
371 Rücknahmeprämien für einzelne Produktgruppen wie beispielsweise Mobiltelefone können ein  
372 möglicher Weg sein. Unser Ziel ist, bis 2030 alle Kunststoffprodukte kosteneffizient zu  
373 recyceln oder wiederzuverwenden. Schließlich wollen wir die Forschung für Recycling-Prozesse  
374 und die Substitution von Rohstoffen intensivieren.

#### 375 **4. Soziale Sicherung im ökologisch-sozialen Wandel neu denken**

376 Sowohl durch den notwendigen ökologischen Umbau der Wirtschaft als auch die Digitalisierung  
377 werden viele neue Arbeitsplätze entstehen, auf der anderen Seite fallen aber auch viele  
378 Arbeitsplätze weg. Neue Qualifikationen werden benötigt, es entstehen aber auch  
379 Unsicherheiten. Die Arbeitswelt wird durch die Digitalisierung bunter und vielfältiger. Für  
380 die soziale Sicherung bedeutet dieser Wandel der Arbeit und des Arbeitsmarktes, dass sie  
381 universeller werden muss. Je diverser die Arbeitswelt wird, desto mehr brauchen wir eine  
382 soziale Sicherung, die sich nicht am Erwerbsstatus orientiert, sondern alle Bürger\*innen  
383 absichert, unabhängig davon, ob sie Vollzeit oder Teilzeit, abhängig oder selbstständig oder  
384 auch gar nicht erwerbstätig sind, zumal es immer mehr Wechsel zwischen diesen  
385 unterschiedlichen Beschäftigungsformen und mehr Erwerbsunterbrechungen, freiwillige und  
386 unfreiwillige, geben wird.

387 Wir wollen deswegen die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung zu  
388 Bürger\*innenversicherungen weiterentwickeln, in die alle Bürger\*innen auf alle  
389 Einkommensarten einzahlen. Die Arbeitslosenversicherung sollte zu einer Arbeitsversicherung  
390 für alle Erwerbstätigen, abhängig Beschäftigte wie Selbstständige, weiterentwickelt werden,  
391 mit einem Recht auf Weiterbildung, das auch entsprechend sozial abgesichert sein muss, damit  
392 sich insbesondere Menschen mit geringen Einkommen auch eine Weiterbildung leisten können.  
393 Und wir wollen, dass in allen Lebenslagen das Existenzminimum garantiert wird. Deswegen  
394 wollen wir eine Kindergrundsicherung einführen, eine Garantierente und eine  
395 Garantiesicherung, mit der wir Hartz IV überwinden. Dabei geht es nicht nur um eine soziale  
396 Abfederung der Veränderungen, sondern wir wollen die Menschen befähigen selbstbestimmt an  
397 der Gesellschaft teilzuhaben und den ökologisch-sozialen Wandel kreativ und innovativ  
398 mitgestalten zu können.

#### 399 **5. Gute und selbstbestimmte Arbeit – wir gestalten den Wandel der Arbeitswelt**

400 Unsere Arbeitswelt wird sich in den kommenden Jahren vor allem durch die Digitalisierung  
401 rasant und tiefgreifend verändern. Bekannte Tätigkeiten und Arbeitsplätze werden wegfallen  
402 oder sich stark verändern, neue Arbeitsplätze und Berufe entstehen. Ob es in der Summe dann  
403 vielerorts weniger Arbeitsplätze geben wird oder mehr, kann derzeit niemand verlässlich  
404 vorhersagen. Klar ist jedoch, dass sich auch die Art, wie wir arbeiten werden, massiv  
405 verändert. Unser Arbeiten wird flexibler, selbstorganisierter, auch kooperativer. Zugleich  
406 erleben wir bereits heute neue Formen der Ausbeutung, Überforderung und Fremdbestimmung. Ein  
407 großes Problem bedeutet daneben der bereits heute spürbare massive **Fachkräftemangel** – eine  
408 Million Stellen sind unbesetzt. In den kommenden 15 Jahren wird die Zahl der Menschen im  
409 erwerbsfähigen Alter ohne Einwanderung um sechs Millionen schrumpfen.

410 Für beide Entwicklungen – den Fachkräftemangel und die Veränderungen der Arbeitswelt – muss  
411 sich die Bildungs- und Weiterbildungspolitik, die Arbeitsmarkt-, Einwanderungs- und  
412 Integrationspolitik viel besser rüsten als bisher. Dies gilt auch für Selbstständige.

413 *Zukunftsbildung ist der Schlüssel*

414 Die Ausbildungsordnungen existierender Berufe müssen auf die Erfordernisse einer  
415 nachhaltigen Gesellschaft hin überarbeitet werden (nachhaltige Berufsbilder). Das bedeutet  
416 vor allem, dass Menschen die Möglichkeit haben müssen, sich weiterzubilden und neu zu  
417 qualifizieren. Dafür brauchen sie Geld, Zeit und passende Angebote. Wir wollen einen  
418 **Rechtsanspruch auf Weiterbildung** begründen. Das lebensbegleitende Lernen wird damit Teil des  
419 öffentlichen Bildungsauftrags. Die bisherige Arbeitslosenversicherung wird dazu zu einer  
420 **Arbeitsversicherung** umgebaut. So, wie wir in den beiden vergangenen Jahrhunderten damit  
421 begonnen haben, uns gegen Krankheit oder Arbeitslosigkeit abzusichern, sollten wir im 21.  
422 Jahrhundert im Rahmen der Arbeitsversicherung eine Garantie auf Weiterbildung festschreiben.  
423 Die Arbeitsversicherung sollte sowohl die Weiterbildungsberatung finanzieren als auch den  
424 Lebensunterhalt in Weiterbildungsphasen absichern. Dazu gibt es während  
425 arbeitsmarktbedingter Weiterbildungsphasen ein Weiterbildungsgeld, das höher ist als die  
426 Absicherung bei Arbeitslosigkeit. Für alle, die keinen Anspruch auf Leistungen im Rahmen der  
427 Arbeitsversicherung haben, schaffen wir ein Weiterbildungs-BAföG, damit kein Wunsch auf  
428 berufliche Entwicklung am Geldbeutel scheitert.

429  
430 Überall da, wo es vor Ort eine Arbeitsagentur gibt, wollen wir, dass zusätzlich  
431 **Bildungsagenturen** geschaffen werden. Die Bildungsagenturen sind zentrale Anlaufstellen für  
432 alle Menschen, die Interesse an Weiterbildung haben. Auch Arbeitgeber, insbesondere kleine  
433 und mittlere Unternehmen, können sich in den Bildungsagenturen informieren, wenn sie  
434 geeignete Weiterbildungsangebote für ihre Belegschaften oder Förderung suchen. Die  
435 Bildungsagenturen sollen zum Herzstück von regionalen Bildungsnetzwerken werden, in denen  
436 sich Arbeitsagenturen, Jobcenter, Volkshochschulen, Kammern, Berufs- und Hochschulen sowie  
437 andere Weiterbildungsträger vernetzen, um flächendeckend und niedrigschwellig beste  
438 Weiterbildung und Beratung anbieten zu können. Im Standardfall wird die Bildungsagentur von  
439 der Bundesagentur für Arbeit organisiert. Kommunen sollen aber die Wahl haben, die  
440 Organisation der Bildungsagentur selbst durchzuführen, insbesondere wenn es bereits starke  
441 vor Ort gewachsene Kooperationsstrukturen gibt und wenn Qualitätsstandards eingehalten  
442 werden. Auch die Möglichkeiten der Digitalisierung wollen wir für die Bildung weiter nutzen.  
443 Dafür soll eine öffentliche und unabhängige digitale Plattform alle Fort- und  
444 Weiterbildungsangebote bündeln. Das ermöglicht neue Zugänge für Menschen, die sich  
445 weiterbilden wollen. Besondere Aufmerksamkeit widmen wir dabei Menschen, die besondere  
446 Hindernisse überwinden müssen, um sich in die Arbeitswelt zu integrieren, etwa weil sie  
447 nicht gut lesen und schreiben können.

448 Wir sehen es zudem als unsere Verantwortung, die Arbeitnehmer\*innen insbesondere beim  
449 ökologischen und digitalen Wandel mitzunehmen. Wir wollen dazu als eine wichtige Maßnahme  
450 eine neue „**Qualifizierungs-Kurzarbeit**“ einführen, um so die Chancen der Beschäftigten und  
451 der Betriebe im Strukturwandel vorausschauend zu verbessern. Die Phase der Kurzarbeit muss  
452 konsequent für die Qualifizierung der Beschäftigten genutzt werden. Dabei wollen wir die  
453 „Qualifizierungs-Kurzarbeit“ eng an die Sozialpartnerschaft koppeln und zwar durch  
454 tarifliche Regelungen und Betriebsvereinbarungen. Denn Unternehmen, Gewerkschaften und  
455 Betriebsräte können nur gemeinsam dem Strukturwandel die richtige Richtung geben.

#### 456 *Fachkräftemangel bekämpfen*

457 Der Fachkräftemangel stellt für viele Unternehmen ein Problem dar. Wir wollen darauf  
458 reagieren, indem wir nicht nur engagiert auf Qualifizierung und Weiterbildung setzen und die  
459 Erwerbstätigkeit von Frauen weiter stärken. Gerade angesichts des demographischen Wandels  
460 halten wir zusätzlich auch eine **ambitionierte Einwanderungspolitik** für dringend notwendig.  
461 Das Fachkräftezuwanderungsgesetz der großen Koalition erfüllt diesen Anspruch nicht. Wir  
462 wollen es überarbeiten und entbürokratisieren. Deutschland braucht ein **echtes**  
463 **Einwanderungsgesetz** mit einem transparenten Punktesystem und der Möglichkeit eines

464 Spurwechsels. Gleichzeitig setzen wir uns für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und  
465 höhere Löhne in bislang zu schlecht bezahlten Berufen ein. Das sind immer noch insbesondere  
466 die mit hohem Frauenanteil. Mit passgenauen Angeboten für Spracherwerb und Aus- und  
467 Weiterbildung wollen wir insbesondere geflüchtete Frauen besser in den Arbeitsmarkt  
468 integrieren.

#### 469 *Für eine gerechte Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit*

470 Nach wie vor gilt Sorgearbeit in unserer Gesellschaft vielfach noch als „Privatsache“ und  
471 spiegelt sich in den üblichen Wohlstandsmessungen nicht wieder. Dabei ist diese  
472 Arbeitsleistung essentiell für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft und eine  
473 funktionierende Wirtschaft. Immer noch werden diese Aufgaben zum Großteil von Frauen  
474 geleistet, sei es in der Pflege oder in der Kinderbetreuung. Mangelnde Vereinbarkeit von  
475 Familie sowie Pflege und Beruf führt dabei häufig dazu, dass insbesondere die eigenständige  
476 Absicherung von Frauen zu kurz kommt. Dies spiegelt sich in dem hohen Anteil von Frauen in  
477 prekären Beschäftigungsverhältnissen und führt in der Konsequenz zu einem vielfach erhöhten  
478 Altersarmutsrisiko.

479 Massive Investitionen in gute und verlässliche Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen  
480 mit genügend Personal sind deshalb unerlässlich. Mit einer KinderZeit Plus wollen wir  
481 außerdem Eltern zeitlich unterstützen und dazu beitragen, dass diese ihr Arbeitsvolumen in  
482 der Erwerbsarbeit erhöhen können. Darüber hinaus wollen wir ein Gesetz für mehr  
483 Zeitsouveränität für berufstätige Pflegende entwickeln und eine dreimonatige PflegeZeit Plus  
484 pro zu pflegender Person einführen.

#### 485 *Neue Jobs*

486 Wir haben große Engpässe dort, wo Menschen sich um Menschen kümmern: in der Pflege, der  
487 Bildung, in der Kinder- und Altersbetreuung. Diese **Jobs in der Sorge-Arbeit** müssen ausgebaut  
488 werden und brauchen endlich die Anerkennung, auch finanziell, die ihnen gemessen an ihrer  
489 gesellschaftlichen Relevanz zusteht. Diejenigen, die sich um andere Menschen kümmern, dürfen  
490 nicht beim Mindestlohn landen oder Probleme haben, sich eine Wohnung zu leisten.

491 Die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung schätzt, dass mit stetigen  
492 Investitionen in Nachhaltigkeit bis 2030 weltweit bis zu 170 Millionen neue Jobs geschaffen  
493 werden können. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU)  
494 geht davon aus, dass sich die Zahl der **Arbeitsplätze in der Erneuerbaren-Energien-Branche** in  
495 Deutschland allein in den nächsten zehn Jahren auf mindestens 500.000 verdoppelt. Im  
496 gesamten **Bereich Umwelttechnik und Ressourceneffizienz** sind bereits heute 1,5 Millionen  
497 Menschen in Deutschland beschäftigt. Erwartet wird hier ein Anstieg von jährlich 6,7  
498 Prozent. Für diese Zukunftsbranche brauchen wir also qualifizierte Maschinenbauer\*innen,  
499 Elektrotechniker\*innen, Ingenieur\*innen, Vertriebsmitarbeiter\*innen, Bürokräfte – von der  
500 Berufseinsteigerin bis zur erfahrenen Fachkraft.

#### 501 *Gute Arbeitsbedingungen*

502 Gute Arbeitsbedingungen und eine faire Verteilung des Wohlstandes zwischen Arbeit und  
503 Kapital auszuhandeln, ist zunächst Aufgabe der Sozialpartner. Wir wollen die kollektive  
504 **Selbstorganisation und Mitbestimmung** wieder stärken und prekäre Erwerbstätigkeit überwinden.  
505 Bei der öffentlichen Vergabe sollen im Einklang mit europäischem Recht die Unternehmen zum  
506 Zug kommen, die einem Tarifvertrag angehören bzw. Tariflöhne zahlen. Zudem wollen wir es  
507 leichter machen, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären. Die Bildung von  
508 Betriebsräten werden wir erleichtern, indem Initiator\*innen einen besonderen Schutz erhalten  
509 und die Verhinderung von betrieblicher Interessenvertretung als klare Straftat angesehen und  
510 verfolgt wird.

511 Wir wollen die Wirtschaft demokratischer gestalten. Das betrifft sowohl die Entscheidungen,  
512 was und wie produziert wird, als auch die Rechte von Arbeitnehmer\*innen im Betrieb. Deshalb  
513 werden wir die betriebliche Mitbestimmung ausbauen. Auf dem Weg dorthin wollen wir, dass die  
514 Betriebsräte bei der Personalplanung stärker eingebunden werden und bei der Weiterbildung  
515 und der Beschäftigungssicherung ein echtes Vorschlags- und Initiativrecht bekommen. Die  
516 paritätische Mitbestimmung in Aufsichtsräten soll bereits ab einer Unternehmensgröße von  
517 1.000 Beschäftigten voll greifen und die Mitbestimmungsrechte der  
518 Arbeitnehmervertreter\*innen bei strategischen Unternehmensentscheidungen im Aufsichtsrat  
519 erweitert werden.

520 Der gesetzliche Mindestlohn war ein wichtiger Meilenstein für faire Arbeitsbedingungen. Wir  
521 wollen **Ausnahmen beim Mindestlohn streichen**, die Kontrolle verbessern und zudem dafür  
522 sorgen, dass er in Zukunft wirklich armutsfest ist. Deshalb wollen wir als Sofortmaßnahme  
523 eine **Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro**, damit Vollzeitbeschäftigte von ihrer Arbeit  
524 auch leben können. Wir wollen die Mindestlohnkommission reformieren und ihren  
525 Entscheidungsspielraum stärken. Die Anpassung des Mindestlohns darf sich künftig nicht mehr  
526 nur allein an der Tarifentwicklung orientieren. Wir wollen stattdessen gesetzlich verankern,  
527 dass der Mindestlohn vor Armut schützen muss und damit deutlich über die Tarifentwicklung  
528 hinaus steigen kann. Gleichzeitig sollen die Vertreter\*innen der Wissenschaft in der  
529 Mindestlohnkommission ein Stimmrecht erhalten.

530 **Leiharbeit** wollen wir stärker **regulieren**, für Leiharbeitskräfte soll ab dem ersten Tag die  
531 gleiche Bezahlung wie für die Stammbesetzung gelten sowie eine zusätzliche  
532 Flexibilitätsprämie. **Sachgrundlose Befristungen** wollen wir **abschaffen**. Wir fordern ein  
533 wirksames **Entgeltgleichheitsgesetz** mit einem Verbandsklagerecht für gleichen Lohn für  
534 gleiche und gleichwertige Arbeit. Unser Ziel ist es, **Minijobs in**  
535 **sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umzuwandeln** und dafür zu sorgen, dass die  
536 Beiträge durch Steuern und Abgaben sowie soziale Leistungen so aufeinander abgestimmt  
537 werden, dass sich Erwerbsarbeit immer rechnet. Dabei darf die Belastung mit Steuern und  
538 Abgaben nicht sprunghaft steigen. Und wir streiten dafür, Berufe aufzuwerten, die heute noch  
539 meist von Frauen ausgeübt werden, beispielsweise in der Erziehung, der Pflege oder im  
540 Gesundheitssystem, und sie besser zu bezahlen. Wir wollen, dass **Arbeit auf Abruf** nicht mehr  
541 möglich ist, wenn die Tätigkeiten mit normalen Arbeitsverhältnissen erledigt werden können,  
542 etwa über die Nutzung von Arbeitszeitkonten.

543 Die Regulierung von Arbeit wollen wir an die **Herausforderung der Digitalisierung** anpassen.  
544 Dafür wollen wir die Abgrenzungskriterien zwischen abhängiger und selbstständiger  
545 Beschäftigung eindeutiger und praxistauglicher regeln und den Arbeitnehmer\*innen-Begriff neu  
546 definieren. Ziel ist es, einerseits größere Planungssicherheit für Selbstständige  
547 herzustellen und andererseits Scheinselbstständigkeit zu verhindern. Gleichzeitig ist es  
548 notwendig, die nicht anderweitig abgesicherten Selbstständigen vor Altersarmut zu schützen.  
549 Damit dies gelingt, wollen wir sie mit der Einführung einer Bürger\*innenversicherung am  
550 Solidarsystem der Rentenversicherung teilhaben lassen. Um sie dabei nicht finanziell zu  
551 überfordern, sprechen wir uns für Flexibilität in der Beitragszahlung aus. Zudem werden wir  
552 ausloten, in welchen Branchen und Bereichen der Selbstständigkeit gesetzliche  
553 Schutzmechanismen, wie Mindesthonorare, Honorarordnungen und Umlageverfahren notwendig sowie  
554 praktisch möglich sind. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass bei der Auftragsvergabe  
555 der öffentlichen Hand an Selbstständige die Prinzipien der Planungssicherheit, des  
556 Mindesteinkommens und der sozialen Absicherung berücksichtigt werden.

557 Durch Digitalisierung entsteht ein großes Potenzial, **Arbeitszeit** weiter zu **verkürzen**, sie  
558 mit anderen Lebensbereichen besser zu vereinbaren und Arbeit umzuverteilen, sowohl Erwerbs-  
559 als auch Sorge-Arbeit. Dabei ist uns besonders wichtig, dass es auch zu einer gerechteren  
560 Aufteilung von Erwerbs- und Sorge-Arbeit zwischen den Geschlechtern kommt. Durch die

561 Digitalisierung wird es auch einfacher für die Beschäftigten, von zu Hause oder mobil an  
562 wechselnden Orten (Coworking Spaces etc.) zu arbeiten. Wir werden Regelungen für ein Recht  
563 auf Home-Office und mobiles Arbeiten einführen, wobei wir berücksichtigen, dass es  
564 Berufsbilder gibt, bei denen dies nicht umsetzbar ist.

565 Home-Office und die Möglichkeit, mobil zu arbeiten, kann zur besseren Vereinbarkeit von  
566 Familie und Beruf beitragen. Beides darf aber nicht dazu führen, dass Karrierechancen  
567 beeinträchtigt werden oder dass es zu einer Abkopplung vom Rest der Belegschaft, sowie von  
568 betrieblichen Abläufen oder Weiterbildungsmaßnahmen kommt. Arbeitnehmer im Home-Office,  
569 unterwegs oder an wechselnden Arbeitsorten (Coworking Spaces etc.) müssen in Bezug auf den  
570 Arbeitsschutz genauso geschützt sein wie bei der Arbeit an einem ständigen Betriebsort. Es  
571 darf keinen Zwang zum Home-Office oder mobilem Arbeiten geben. Wenn Arbeit besser ins Leben  
572 passt, sind die Beschäftigten produktiver, weniger gestresst und engagierter. Auch der  
573 wachsende Fachkräftebedarf kann so besser bewältigt werden.

574 Gleichzeitig nimmt uns die Automatisierung und Robotisierung monotone und repetitive  
575 Aufgaben ab. Dies begrüßen wir als Chance auf Verringerung von menschlicher Arbeit. Dies  
576 darf jedoch nicht zu einer weiteren Zunahme der Ungleichheit führen. Wir wollen politisch  
577 sicherstellen, dass die Wohlstandsgewinne durch die Digitalisierung gerecht verteilt werden.

578 Wir brauchen nicht noch mehr Verfügbarkeit von Arbeitnehmer\*innen rund um die Uhr. Zum  
579 Schutz der Gesundheit braucht es auch im digitalen Zeitalter eine Grenze für die tägliche  
580 Höchstarbeitszeit sowie ausreichende Ruhezeiten ohne Unterbrechung, wie es im Rahmen des  
581 Arbeitszeitgesetzes vorgesehen ist. Wir wollen die Chancen der Digitalisierung nutzen und  
582 mehr Zeitsouveränität für die Beschäftigten schaffen und fordern eine **Wahlarbeitszeit**  
583 **zwischen 30 und 40** Wochenstunden, denn so können auch 30-Stunden-Stellen als Vollzeitstellen  
584 anerkannt werden. Damit wird die Vollzeit neu definiert und zu einem Arbeitszeitkorridor  
585 umgestaltet und Arbeit gerechter verteilt. Auch bei flexiblen Arbeitszeiten ist darauf zu  
586 achten, dass jede getätigte Stunde der Arbeitskraft dem Arbeitszeitkonto gutgeschrieben  
587 wird. Dies gilt auch für Überstunden. Gleichzeitig ist für uns klar, dass jeder Mensch ein  
588 würdevolles Leben verdient hat, weshalb wir Existenzsicherung und Lohnarbeit in Zukunft  
589 stärker entkoppeln wollen.

590 Ein Rückkehrrecht von Teilzeit-Beschäftigten auf ihre vorherige Stundenzahl ist notwendig,  
591 damit sie beruflich wieder voll durchstarten können. Die von der großen Koalition  
592 eingeführte Brückenteilzeit nur für große Betriebe genügt diesen Anforderungen bei weitem  
593 nicht. Der überwiegende Teil der Beschäftigten (insbesondere Frauen) wird aufgrund der  
594 Einschränkungen das Recht auf Rückkehr in Vollzeit nicht in Anspruch nehmen können. In  
595 vielen Unternehmen herrscht eine nach wie vor ausgeprägte Präsenzkultur, bei der lange  
596 Anwesenheit am Arbeitsplatz als besonderes Leistungskriterium gilt. Wir wollen, dass sich  
597 Unternehmen in eine andere Richtung entwickeln: So ist es gerade für Menschen, die sich um  
598 Kinder oder Angehörige kümmern, eine große Erleichterung, wenn Meetings im Zeitraum von ca.  
599 9 bis 15 Uhr stattfinden.

600 Ebenso ist es gerade für Eltern wichtig, dass Modelle wie Job-Sharing und Führung in  
601 Teilzeit möglich sind. Damit eben nicht immer nur die Personen befördert werden, die rund um  
602 die Uhr verfügbar sind, und gleichzeitig diejenigen, die Sorge-Arbeit leisten, immer noch  
603 vor allem Frauen, in der Einmal-Teilzeit-immer-Teilzeit-Falle landen. Wir wollen in einem  
604 ersten Schritt mit Anreizen dafür sorgen, dass Unternehmen sich hier weiter entwickeln, und  
605 auch die Spielräume bei öffentlichen Auftragsvergaben nutzen, um solche Unternehmen zu  
606 fördern.

607 Wir wollen außerdem, dass die Hälfte der Plätze in den Führungspositionen von Unternehmen  
608 mit Frauen besetzt werden. Deshalb braucht es **verbindliche Frauenquoten für Aufsichtsräte**  
609 und vergleichbare Regelungen auch für Vorstände. Für Aufsichtsräte fordern wir eine 40-

610 Prozent-Quote für alle 3.500 börsennotierten oder mitbestimmten Unternehmen und  
611 Sanktionsmöglichkeiten, wenn diese nicht eingehalten wird. Denn die Quote ist keine  
612 Belastung für die Wirtschaft, sondern eine Chance wirklich die besten Köpfe in  
613 Führungspositionen zu bekommen. Durch die Digitalisierung wird es auch einfacher für die  
614 Beschäftigten, von zu Hause zu arbeiten. Wir werden deswegen ein Recht auf Home-Office  
615 einführen.

#### 616 *Beschäftigte am Wohlstand beteiligen*

617 Eine verbesserte **Mitarbeiter\*innenbeteiligung an Unternehmen** kann sowohl dem  
618 Fachkräftemangel als auch einer ungleichen Vermögensentwicklung entgegenwirken. Sie ist ein  
619 Weg, um die Bevölkerung besser am gesellschaftlichen Produktivvermögen zu beteiligen.  
620 Bisher sind wir im europäischen Vergleich jedoch Schlusslicht bei der  
621 Mitarbeiter\*innenbeteiligung. Wir wollen daher den steuerlichen Freibetrag für die  
622 Überlassung von Mitarbeiter\*innenbeteiligungen deutlich anheben. Außerdem wollen wir eine  
623 Plattform schaffen, um Beispiele von erfolgreichen Beteiligungsmodellen besser zugänglich zu  
624 machen und interessierten Unternehmen mehr Informationen bereit zu stellen.

#### 625 *Vielfalt als Wettbewerbsvorteil*

626 Die Wertschätzung von **Vielfalt am Arbeitsplatz** verbessert die individuelle Teilhabe im Beruf  
627 und fördert die Chancen- und Leistungsgerechtigkeit. Zur Vielfalt am Arbeitsplatz gehören  
628 alle Facetten: Die Vielfalt der Geschlechter, der sexuellen Orientierung und geschlechtliche  
629 Identität, die Inklusion von Menschen mit Behinderungen, die Vielfalt der Kulturen,  
630 Religionen und der sozialen Herkunft. Unternehmen mit einer vielfältigen Belegschaft sind in  
631 der Regel **produktiver, kreativer und damit auch ökonomisch erfolgreicher**.

632 Wir setzen uns dafür ein, dass die Anstrengungen privater und öffentlicher Arbeitgeber\*innen  
633 verstärkt und besser koordiniert werden. Für den Privatsektor wollen wir dies durch  
634 Erfahrungsaustausch und Information stärken, moderiert und gefördert durch das  
635 Bundeswirtschafts- und Bundesarbeitsministerium. Wir werben dafür, dass sich noch mehr  
636 Firmen und öffentliche Stellen der **Charta der Vielfalt** anschließen. Im 21. Jahrhundert  
637 erwarten wir von modernen und innovativen Unternehmen auch einen modernen und  
638 professionellen Umgang mit Diversität: durch **Diversitäts- und Gleichstellungsstrategien**,  
639 durch diversitätsorientierte Fortbildungsangebote, insbesondere auch für Führungskräfte,  
640 sowie durch klare Beschwerde- und Interventionsstrukturen bei Diskriminierung und  
641 sexualisierter Gewalt. Der öffentliche Dienst und öffentliche Unternehmen müssen mit gutem  
642 Beispiel vorangehen. Dazu braucht es inklusive, faire und **diskriminierungssensible**  
643 **Bewerbungs- und Auswahlverfahren**. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass anonymisierte  
644 Bewerbungsverfahren im öffentlichen Dienst und bei den staatlichen Unternehmen grundsätzlich  
645 angewandt werden. Sie führen zu mehr Chancengerechtigkeit und senken die Bürokratiekosten.

646 Das Diskriminierungsverbot muss auch für Beschäftigte von Unternehmen gelten, die im  
647 Eigentum von Religionsgemeinschaften stehen. Außerdienstliches Verhalten von Beschäftigten  
648 einer Kirche, Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft, z.B. Wiederverheirateten und  
649 LSBT\*IQ-Menschen, deren Tätigkeit nicht den Bereich der Verkündung umfasst, darf keine  
650 arbeitsrechtlichen Auswirkungen, wie etwa eine Kündigung, zur Folge haben. Wir wollen  
651 deshalb die Ausnahmen für die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften enger fassen und  
652 damit den individuellen Rechten deutlich mehr Geltung verschaffen.

#### 653 **6. Eine neue Gründerzeit ermöglichen**

654 Viele **kleine und mittelständische Unternehmen (KMU)** treiben den ökologischen Wandel voran  
655 und schreiben schon heute mit grünen Ideen schwarze Zahlen. Sie schaffen neue Arbeitsplätze,  
656 die auch morgen noch bestehen. Wir wollen sie mit einem steuerlichen Forschungsbonus  
657 unterstützen, die Chancen von ressourcensparenden und emissionsarmen Produkten und Verfahren

658 zu nutzen und sie mit einfacheren Abschreibungsregeln, Vereinfachungen bei der Umsatzsteuer  
659 und guten Bedingungen für Mitarbeiterbeteiligungen entlasten. In Strukturwandelregionen  
660 wollen wir die **regionale Wirtschaftsförderung stärken**, damit es lokal ansässigen Unternehmen  
661 schnell gelingt, den neuen Marktanforderungen gerecht zu werden. Gerade die kleinen und  
662 mittleren Unternehmen im **Handwerk** sind unverzichtbar. Sie realisieren die Energiewende,  
663 sorgen für fachgerechte Wärmedämmung und sind regionaler Partner für die Landwirtschaft.  
664 Damit Handwerksberufe wieder attraktiver werden setzen wir auf eine stärkere Tarifbindung  
665 und branchenspezifische Mindestvergütungen. Die Handwerksbetriebe sollen bei der Ausbildung  
666 und Gewinnung von Auszubildenden stärker beraten, unterstützt und begleitet werden. Durch  
667 einen **Rechtsanspruch auf einen schnellen Breitband-Internetanschluss** sorgen wir dafür, dass  
668 das Handwerk auch im ländlichen Raum online ist.

#### 669 *Gründer\*innen fördern*

670 Wir brauchen eine neue Gründer\*innenwelle. Keine gute Idee darf an zu wenig Eigenkapital  
671 scheitern. Wir fordern daher eine schnelle Einführung des unbürokratischen  
672 Gründungskapitals, welches Gründer\*innen einen Einmalbetrag bis maximal 25.000 Euro  
673 sicherstellt, unter der Voraussetzung einer Wirtschaftlichkeitsprüfung. Das Gründungskapital  
674 wird als zinsloses staatliches Darlehen ausbezahlt. Die Rückzahlung erfolgt flexibel und  
675 orientiert sich am jeweiligen Unternehmensgewinn. Die Kriterien für das Exist-  
676 Gründungsstipendium wollen wir aktualisieren und Diversität der Gründungsteams sowie  
677 ökologische und gemeinwohlorientierte Innovationen besser berücksichtigen.

678 Frauen sind erfolgreiche Gründerinnen, bei Gründungen von Unternehmen jedoch  
679 unterrepräsentiert. Nur 15 Prozent der Startups in Deutschland werden laut Female Founder  
680 Monitor von Frauen gegründet. Bei einer solch niedrigen Quote entgeht Deutschland ein großes  
681 Potenzial an innovativen Unternehmen. Öffentliche Fördergelder erreichen in der Regel eher  
682 männliche als weibliche Gründer\*innen, weshalb wir die Diversität des Gründungsteams zu  
683 einem Evaluationskriterium für die Vergabe von öffentlichen Fördermitteln machen wollen **Wir**  
684 **schlagen zudem vor, einen staatlich geförderten Wagniskapitalfonds zu schaffen, der sich nur**  
685 **an Gründerinnen richtet**. Irland hat mit diesem Modell gute Erfahrungen gemacht. Nach einem  
686 Zeitraum von fünf Jahren sollte überprüft werden, ob der Fonds einen nachhaltigen Effekt  
687 hatte. Daneben sollten maßgeschneiderte Qualifizierungs- und Coachingmaßnahmen für Frauen,  
688 die eine Gründung, Weiterentwicklung oder Übernahme kleiner Unternehmen anstreben finanziell  
689 unterstützt werden, genauso wie Netzwerkorganisationen. Solche Plattformen können dazu  
690 dienen, voneinander zu lernen, gemeinsam neue Geschäftsideen oder auch Interessen zu  
691 entwickeln und umzusetzen.

692 Jede\*r fünfte Gründer\*in hat eine Einwanderungsgeschichte. Die migrantische Ökonomie ist zu  
693 einem wichtigen Wirtschaftsfaktor geworden. Deutschlandweit machen von Menschen mit  
694 Migrationsgeschichte geführte Betriebe heute rund 20 Prozent aller Unternehmen aus. In  
695 einigen Regionen des Landes liegt die Zahl deutlich höher. Damit leisten sie einen  
696 entscheidenden Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung. Wir wollen, dass die Hürden bei  
697 allen Instrumenten der Unternehmens- und Gründungsförderung für Menschen mit  
698 Migrationshintergrund abgebaut werden. Förderung darf nicht vom Pass oder dem persönlichen  
699 Hintergrund abhängen, Informationen müssen in verschiedenen Sprachen angeboten werden und  
700 wir wollen ein zugeschnittenes Beratungsangebot für die migrantische Ökonomie schaffen.

701 Der Staat ist durch die öffentliche Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen ein  
702 wichtiger Impulsgeber für die Wirtschaft. Die öffentliche Hand kann durch die  
703 Auftragsvergabe eine aktive Vorbild- und Lenkungsfunction erfüllen, eine nachhaltige  
704 Wirtschaftsweise stärken und Innovationen fördern. Wir wollen, dass Vergabeverfahren so  
705 gestalten werden, **dass der Bund im Rahmen seiner öffentlichen Auftragsvergabe und**  
706 **Ausschreibungen Startups und jüngere Unternehmen, neue Technologien und innovative**

707 **Geschäftsmodelle stärker berücksichtigt.** Dafür müssen Vergabeverfahren verschlankt und  
708 schneller angelegt werden einschließlich zeitnaher Begleichung der Verbindlichkeiten  
709 öffentlicher Auftraggeber und zügiger Entscheidungsverfahren, damit auch Startups mit  
710 vergleichsweise kurzen Planungshorizonten sich gegenüber etablierten Unternehmen durchsetzen  
711 können. Vergabelose sollten KMU-freundlich ausgeschrieben werden.

712 Wir fordern **Startup-Zentren** ähnlich der französischen Station F, die Gründer\*innen den  
713 notwendigen Arbeitsraum zur Verfügung stellen. Wir fordern zwei Jahre Befreiung von nicht  
714 unbedingt nötigen Melde- und Berichtspflichten und wollen die Gründungsberatung und -  
715 förderung aus einer Hand in „One-Stop-Shops“ ermöglichen, damit Gründer\*innen Zeit zum  
716 Gründen haben. Ausgründungen aus Hochschulen und Kooperationen von Gründer\*innen und  
717 Hochschulen sollen durch bessere Beratung und Betreuung gefördert werden. Die heutige  
718 Gründungsförderung ist stark auf technologieorientierte Startups zugeschnitten. Wir wollen  
719 die bestehenden Förderinstrumente neutraler ausgestalten und damit stärker als bisher zum  
720 Beispiel sozial orientierte Unternehmen oder die Kreativwirtschaft fördern.

721 Wir wollen die freiwillige **Arbeitslosenversicherung** weitgehend **für Selbständige öffnen** und  
722 erreichen, dass anderweitig nicht abgesicherte Selbständige in die gesetzliche  
723 Rentenversicherung einbezogen werden. Und wir brauchen in Deutschland auch eine Kultur des  
724 Scheiterns. Das Insolvenzrecht muss so gestaltet sein, dass es schneller Neuanfänge  
725 ermöglicht.

726 Für die erfolgsversprechendsten Startups wollen wir einen **Europäischen Startup-Pass**  
727 einführen. Dieser soll ihnen die Möglichkeit geben, an allen europäischen Startup-  
728 Förderprogrammen teilzunehmen und Unterstützung durch Inkubatoren zu erhalten. Sie sollen  
729 außerdem breite Unterstützung durch Informationen und Beratung zur Rechtslage und zu  
730 Patenten bis hin zu vereinfachten Visa für ausländische Mitarbeiter\*innen des Startups  
731 bekommen. Ausländischen Startups sollen neben einem Europäisches Startup-Visum auch Beratung  
732 und finanzielle Unterstützung angeboten werden, damit sie sich in Europa ansiedeln.

733 *Verwaltung effizienter und kooperativer gestalten*

734 Zugleich kann die öffentliche Verwaltung innovativer und kooperativer werden. Wir fordern  
735 daher ein **deutsches GovTech-Programm** nach dänischem Vorbild. Unser Ziel ist die vollständige  
736 elektronische Abwicklung in der Verwaltung. Das spart Unternehmen, Bürger\*innen und der  
737 Verwaltung viel Zeit und Geld.

738 Wir wollen Regulierungen konsequent am Schutz ökologischer und sozialer Schutzziele  
739 ausrichten. Insbesondere kleinere Unternehmen und den Mittelstand wollen wir gezielt von  
740 unnötiger Regulierung entlasten. Für die Gründungsphase eines Unternehmens wollen wir  
741 bestimmte Regulierungen ganz aussetzen. **Genehmigungsverfahren** wollen wir **beschleunigen**.  
742 Entscheidend hierfür ist es, Beteiligungsverfahren bereits in frühen Planungsphasen  
743 vorzusehen und die Behörden mit ausreichenden Ressourcen (z.B. Personal) für eine zügige  
744 Planung auszustatten.

745 *Wagnisse ermöglichen*

746 Wir müssen nicht nur technologisch exzellent sein, sondern bahnbrechende Technologien auch  
747 in neue Geschäftsmodelle, Märkte, Dienstleistungen und Produkte umwandeln können.  
748 Fördermöglichkeiten und Netzwerke für Startups und junge Unternehmen können den Unterschied  
749 zwischen einer guten Idee auf dem Flipchart und einem weltweit erfolgreichen Unternehmen  
750 ausmachen.

751 **Startup-Förderung** braucht Anschubfinanzierung und eine starke Finanzierung in der  
752 Wachstumsphase. Wir wollen mit einem **öffentlichen Zukunftsfonds** eine Investitionswelle im  
753 Venture Capital Markt auslösen. Dieser Fonds soll als eine Art stille Teilhaber\*in jungen



754 und wachsenden Startups das nötige Eigenkapital bereitstellen. Das verhindert, dass unsere  
755 Startups auf ausländische Geldgeber angewiesen sind, aufgekauft werden und das  
756 technologische Know-how ins Ausland fließt. Wir wollen den Unternehmen Fördermittel  
757 möglichst in Form von Eigenkapital zur Verfügung stellen. Wenn Startups später einmal  
758 verkauft werden sollten, führt dies dazu, dass die Fördermittel vom Käufer bezahlt werden.

759 Der Fonds soll mit Eigenkapital ausgestattet werden und sich dann weiteres Kapital günstig  
760 am Finanzmarkt leihen. Seine Gewinne sollen vollständig das eigene Kapital weiter  
761 aufstocken. Der Zukunftsfonds soll politisch unabhängig gemanagt werden. Unser unabhängig  
762 verwalteter Bürger\*innenfonds für eine stabile und rentable Anlagemöglichkeit soll in den  
763 Zukunftsfonds investieren können und auch andere Investitionen im Venture-Capital-Bereich  
764 finanzieren können. Über die Trennung von Zukunftsfonds und Bürger\*innenfonds verhindern wir  
765 problematische Interessenskonflikte zwischen industriepolitischen Zielen und dem  
766 Bürger\*innenfonds.

767 Auch Crowdfunding kann – vor allem wenn reward-basiert – neue Finanzierungsquellen für junge  
768 Unternehmen erschließen. Wir wollen dafür sorgen, dass öffentliche Förderungen von  
769 Gründungen und von Forschung mit Crowdfunding kombiniert werden können.

770 Gute Bedingungen für gute Ideen schafft auch der europäische Binnenmarkt mit über 500  
771 Millionen Menschen, die sich daran beteiligen. Der Wagniskapitalmarkt der EU ist derzeit in  
772 viele kleine nationale Märkte zersplittert. Wir wollen die nationalen Förderinstrumente  
773 koordinieren und abstimmen. Wir wollen insbesondere europäische Wagniskapitalfonds aufbauen,  
774 die schwerpunktmäßig Innovationen in strategischen Bereichen finanzieren, bspw.  
775 Ressourceneffizienz, IT-Sicherheit oder Verwaltungsmodernisierung (Govtech). Die Strukturen  
776 sollen so aufgebaut sein, dass nicht sofort alle Mitgliedstaaten sich beteiligen müssen,  
777 sondern auch schon einzelne sich für solche Wagniskapitalfonds zusammenschließen können.

778 Dabei wollen wir auch Anreize schaffen, um neben dem ökologischen Potenzial der  
779 Digitalisierung auch dessen soziales Potenzial zu heben. Startups und digitale Ökosysteme  
780 können uns helfen, durch neue Technologien und Geschäftsmodelle umweltpolitische und  
781 sozialpolitische Ziele zu erreichen. Wir GRÜNE wollen technischen Fortschritt, der sich an  
782 dessen ökologischen und sozialen Effekten (SDGs) messen lässt.

## 783 **7. Digital von der Null zur Eins werden**

784 Die Digitalisierung birgt ungeheure Potentiale für mehr Ressourceneffizienz sowie die  
785 Minimierung von Transportwegen und Lagerung durch den Aufbau dezentraler Strukturen der  
786 Produktion und Versorgung. Entscheidend dafür sind auch die globale Vernetzung und der freie  
787 Austausch von Produktionswissen zur Herstellung wohlfahrtssteigernder Produkte und Dienste.  
788 Diesen Wissensaustausch wollen wir gezielt befördern.

789 Gleichzeitig stellt uns die Digitalisierung durch den zu erwartenden hohen Verbrauch von  
790 Energie und seltener Ressourcen vor gewaltige Herausforderungen. Ohne grundlegende Eingriffe  
791 in das derzeitige Produktionsmuster wird die Digitalisierung den Raubbau an Natur und  
792 Gesellschaft intensivieren – Extraktivismus on speed!

793 Die digitale Transformation muss daher sozial-ökologisch ausgestaltet werden. Hierfür muss  
794 der Einfluss multinationaler Oligopole zugunsten von Selbstbestimmung und lokalem  
795 Unternehmer\*innentum eingeschränkt werden. Noch nicht industrialisierte Länder wollen wir  
796 dabei unterstützen, die Möglichkeiten der Digitalisierung zu nutzen, um die Frühphase der  
797 Industrialisierung möglichst zu überspringen.

798 Wir setzen uns für eine Politik der **technologischen Souveränität Europas** ein und plädieren  
799 für eine starke europäische Digitalinfrastruktur. Anstatt sich zum Beispiel bei Cloud-  
800 Diensten zwischen Amazon oder Alibaba entscheiden zu müssen, wollen wir eine eigene

801 europäische Cloud-Infrastruktur aufbauen. Diese soll unseren Unternehmen eine effiziente und  
802 sichere Alternative zu den amerikanischen und chinesischen Anbietern sein.

803 Dabei setzen wir unsere Priorität auf die **Stärkung der europäischen Halbleiterindustrie** -  
804 eine technologische Schlüsselbranche. Wir intensivieren die Zusammenarbeit im Bereich  
805 Forschung und Entwicklung auf europäischer Ebene und stärken die Cluster nachhaltig. Ein  
806 besonderes Augenmerk muss auch auf die Ressourcenwiederverwendung gelegt werden. In  
807 Ostdeutschland haben wir einen der größten Standorte für die Halbleiterproduktion in Europa.  
808 Wir wollen auf dieser Stärke aufbauen, indem wir die Forschung und Entwicklung von  
809 ultraeffizienten Chips fördern und den Mikroelektronik-Cluster in Dresden stärken.

#### 810 *Vielfalt und Offenheit statt digitaler Monopole*

811 Die Digitalisierung hat datenbasierte Plattform-Geschäftsmodelle hervorgebracht, die eine  
812 Tendenz zum Monopol aufweisen. So erfordern es Wettbewerb und moderner Verbraucherschutz,  
813 dass die **Grundsätze der Interoperabilität** – wie wir sie aus dem Mobilfunk kennen – auch bei  
814 online-gestützten Angeboten gelten. Was heute bei Telefon, SMS und Mail selbstverständlich  
815 ist, muss zum Beispiel auch bei Messenger-Diensten oder sozialen Netzwerken gewährleistet  
816 werden, nämlich unkompliziert zwischen Anbietern und Plattformen kommunizieren und wechseln  
817 zu können.

818 Auch digitale Großkonzerne müssen sich an das europäische Ordnungsrecht halten. Deshalb  
819 setzen wir uns für eine **faire Besteuerung digitaler Großkonzerne** ein, die bisher von der  
820 Bundesregierung verhindert wird.

821 Infrastrukturen sind eine öffentliche Aufgabe. Dieses Prinzip, das bei Stromnetzen oder  
822 Straßen selbstverständlich ist, muss im digitalen Bereich neu ausgehandelt werden. Wenn  
823 beispielsweise  
824 Google seine dominierende Stellung bei Handy-Betriebssystemen oder Amazon seine beim Verkauf  
825 über den Marketplace ausnutzt, müssen wir dem einen Riegel vorschieben. Den **lokalen**  
826 **Einzelhandel** werden wir vor unfairem Dumpingwettbewerb von Amazon und Co. **schützen**. Ziel ist  
827 es, **privatisierte Marktplätze wieder öffentlich zugänglich zu machen**. Außerdem werden wir  
828 die Gebühren für Plattformen mit weitreichender Marktmacht regulieren, damit die Gewinne von  
829 kleinen Unternehmen nicht von den Plattformbetreibern abgeschöpft werden können.

830 Google und Facebook dominieren mittlerweile den Markt für Onlinewerbung. Kaum ein  
831 Unternehmen kann es sich noch leisten, nicht über sie online für die eigenen Produkte zu  
832 werben. Ein solches Oligopol muss reguliert werden. Wir wollen in Europa eine **gesetzliche**  
833 **Grundlage für Onlinewerbung** schaffen.

#### 834 *Standards für die datengetriebene Wirtschaft*

835 Wir wollen einen einheitlichen europäischen Rechtsrahmen für datengetriebene  
836 Geschäftsmodelle schaffen. Daten sind Schlüsselressource der digitalen Welt, insbesondere  
837 für Technologien wie die künstliche Intelligenz. Diese Ressourcen wollen wir heben und wir  
838 plädieren für eine anonymisierte Bereitstellung öffentlicher Daten, damit dadurch neue  
839 Innovationen und Geschäftsmodelle entstehen. **Open-Data ist die Grundvoraussetzung**, damit  
840 Startups, Unternehmen und Forschungseinrichtungen, aber auch Zivilgesellschaft diesen  
841 Datenschatz für die Entwicklung innovativer Technologien und Bereitstellung öffentlicher  
842 Dienstleistungen nutzen können. Der Bundesregierung kommt dabei eine Führungsrolle zu, die  
843 sie bisher nicht wahrnimmt. Sie muss Beispiel geben und bei Innovationen und neuen  
844 technologischen Lösungen im Bereich des öffentlichen Sektors vorangehen.

845 Dabei müssen wir aber auch sicherstellen, dass anonyme Daten nicht nachträglich durch die  
846 Verknüpfung mit anderen Informationen einzelnen Personen zugeordnet werden können. Solange  
847 dies nicht gewährleistet werden kann, darf es keine weiteren Pflichten zum Datenaustausch

848 geben. Keinesfalls dürfen deanonymisierte Daten zur Grundlage von Geschäftsmodellen oder  
849 staatlichen Prognosen werden, weil dies tief in die Grundrechte der Menschen eingreift.  
850 Dafür wollen wir mehr Forschung und Standardsetzung zu Anonymisierung von Daten und zur  
851 Nutzung synthetischer Daten sowie klare Regelungen gegen Deanonymisierung, die auch  
852 strafbewehrter Verbote einschließen.

853 Gerade im industriellen Bereich braucht es neue Ansätze, um eine kooperative Nutzung nicht  
854 personenbezogener oder nicht-personenbeziehbarer Daten zum Beispiel aus Entwicklungs- und  
855 Fertigungsprozessen vor allem im Sinne Kleiner und Mittelständischer Unternehmen  
856 rechtssicher zu gestalten. Dies kann über die Schaffung von klaren gesetzlichen Vorgaben für  
857 kooperative und dezentrale Datenpools und Datentreuhandmodelle geschehen, die treuhänderisch  
858 nach klaren gesetzlichen Vorgaben organisiert, eine gemeinsame und durch Kartellbehörden  
859 überprüfbare Nutzung dieser Daten ermöglichen. Entsprechende Ausgestaltungsmöglichkeiten für  
860 Treuhandmodelle oder auch Ansätze für Datenspenden, zum Beispiel von Einzelpersonen, wollen  
861 wir möglichst zeitnah gemeinsam mit den relevanten Akteuren erarbeiten und erste  
862 Modellprojekte anstoßen.

863 Der Realität globaler Datenmonopole weniger Konzerne und der ausufernden digitalen  
864 Überwachung und Auswertung der Daten durch staatliche Stellen wollen wir mit einem  
865 engmaschigen Datenschutz und internationaler Regulierung begegnen. So, wie wir mit der  
866 Datenschutzgrundverordnung unseren europäischen Rechtsrahmen in der digitalen Welt stärken  
867 konnten, an die sich andere halten müssen, wollen wir auch ethische, gesellschaftliche und  
868 sicherheitspolitische **Grundregeln für intelligente Maschinen und algorithmische**  
869 **Entscheidungs-systeme** auf EU-Ebene etablieren. Dazu gehören Regeln bezüglich der Haftung,  
870 Transparenz, Nicht-Diskriminierung und Überprüfbarkeit algorithmischer Entscheidungen sowie  
871 essentielle IT-Sicherheitsstandards.

#### 872 *IT für grüne Ziele nutzen*

873 Wir wollen die Digitalisierung nutzen, um Ökonomie und Ökologie weiter zusammenzuführen. Die  
874 Digitalisierung schafft enorme Chancen für Ökoeffizienz und Kreislaufwirtschaft. Dafür  
875 wollen wir ein EU-Förderprogramm, das sich exklusiv dem **ökologischen Potenzial der**  
876 **Digitalisierung** widmet und die Ökoeffizienz in Unternehmen fördert. Die Digitalisierung kann  
877 zum ökologischen Umbau unserer Gesellschaft beitragen. Wenn wir nicht handeln, besteht aber  
878 das Risiko, dass die Digitalisierung zum Treiber von Klimakrise und Umweltzerstörung wird.  
879 Derzeit werden wertvolle Rohstoffe zunehmend für die Digitalisierung gebraucht und der  
880 Energiebedarf für digitale Prozesse wächst jedes Jahr massiv. Expert\*innen zufolge wird der  
881 digitale Energiebedarf bis zum Jahr 2040 die weltweite Energieproduktion übersteigen, wenn  
882 wir nicht umsteuern.

883 Wir wollen als Teil der Energiewende **energiearme IT-Technik** voranbringen und eine  
884 europäische „Green-IT“-Strategie auflegen. Darüber hinaus setzen wir uns für „Green-IT“-  
885 Kriterien bei der öffentlichen Vergabe und ein Label für energieeffiziente, nachhaltige  
886 Rechenzentren ein. Denn gerade die Digitalisierung bietet auch ein erhebliches Potenzial für  
887 den Klimaschutz und zur Einsparung von Treibhausgasen und Ressourcen.

888 Allein durch die Digitalisierung könnten die globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030 gegenüber  
889 jetzigen Prognosen um 20 Prozent sinken. Studien gehen von 15 bis 20 Prozent  
890 Energieeinsparung durch Gebäude-Klimamanagementsysteme aus. Um 25 bis 30 Prozent könnte der  
891 Energieverbrauch der Industrie durch IT-gesteuerte Prozessoptimierung sinken, indem  
892 Maschinen intelligent miteinander vernetzt werden. Dieses Potenzial wollen wir konsequent  
893 nutzen.

894 Bei großen Unternehmen ist es längst selbstverständlich, dass Videokonferenzen in vielen  
895 Fällen Reisen per Bahn oder Flugzeug ersetzen. Das spart Zeit und Kosten, entlastet die

896 Mitarbeitenden und schont zugleich die Umwelt. Home Office-Regelungen sorgen dafür, dass  
897 Wegstrecken zur Arbeit und damit CO<sub>2</sub>-Emissionen eingespart werden können. Mit den  
898 selbstfahrenden Autos von morgen bietet sich durch Vernetzung, Carsharing und zusätzlich  
899 flexible öffentliche Nahverkehrsangebote gerade im ländlichen Raum die Chance, viele  
900 Privatfahrten im Auto zu ersetzen. Die Digitalisierung kann die Energiewende in Form  
901 intelligenter Netze unterstützen oder dabei helfen, Transportketten zu optimieren und etwa  
902 Leerfahrten zu verhindern.

### 903 *IT-Sicherheit für die Industrie*

904 Es braucht dringend ein umfassendes Paket zur Stärkung der IT-Sicherheit unserer Industrie.  
905 Dies umfasst die Einrichtung eines **europäischen Forschungsverbands für IT-Sicherheit**, in dem  
906 das Nationale Forschungszentrum in Darmstadt integraler Teil wird, um die Entwicklung von  
907 Technologien und industriellen Fähigkeiten im Bereich der IT-Sicherheit zu fördern. Außerdem  
908 wollen wir ein in allen Mitgliedstaaten anerkanntes EU-weites Zertifizierungssystem für  
909 Produkte und Dienstleistungen sowie umfassende Beratungsangebote einführen.

## 910 **8. Die Technik von morgen entwickeln**

911 Um den Wirtschaftsstandort Deutschland in die Zukunft zu führen müssen wir auch für  
912 Forschung, Entwicklung und Bildung die richtigen Rahmenbedingungen setzen. Innovationen  
913 entstehen in Ökosystemen, die von Kooperationen, Trans- und Interdisziplinarität und  
914 Kreativität geprägt sind. Es geht darum, Kooperationen zu fördern, die Arbeit in isolierten  
915 Fach-Communities aufzubrechen, Wissen zu teilen und von der Erfindung nahtlos in die  
916 Umsetzung zu kommen.

917  
918 Wir fordern daher **mehr** Forschungsplattformen, an denen sich insbesondere Hochschulen, freie  
919 Forschungsinstitute, zivilgesellschaftliche Organisationen, einzelne Interessierte und  
920 Unternehmen beteiligen, miteinander kooperieren, Wissen austauschen und Kreativität  
921 entwickeln können. Darüber hinaus sind Reallabore und Experimentierräume in der Forschung  
922 ein geeignetes Instrument, damit bahnbrechende neue Innovationen gemeinsam entwickelt und in  
923 der Umsetzung getestet werden können. Um die inter- und transdisziplinäre Forschung zu  
924 fördern, soll „Horizon Europe“ gestärkt werden. Zusätzlich soll für die Entwicklung neuer  
925 Technologien und der Technikfolgenabschätzung eine eigene Förderlinie eingerichtet werden.

926 Alle heute genutzten Technologien beruhen auf öffentlicher Grundlagenforschung. Auch in  
927 Europa und Deutschland sollte die öffentliche Hand massiv investieren, gerade da, wo Märkte  
928 versagen: bei risikoreicher Forschung, öffentlicher Infrastruktur, Sprunginnovationen. Für  
929 diese Jahrhundertaufgabe müssen deutsche und europäische Förderprogramme ambitionierter,  
930 risikofreudiger und agiler werden. Es geht uns dabei um einen gezielt agierenden, proaktiven  
931 und **unternehmerischen Staat**, der unternehmerisches Risiko eingeht und als **Leadinvestor** ein  
932 innovationsfreundliches Umfeld auch für private Unternehmen und ihre Ideen schafft.

933 Dabei legen wir besonderen Wert auf die Freiheit von Forschung und Lehre. Hochschulen und  
934 insbesondere die Grundlagenforschung funktionieren nicht nach unternehmerischer Logik.  
935 Gerade disruptive Innovationen können davon profitieren. Grundlagenforschung ohne Blick auf  
936 eine unmittelbare (wirtschaftliche) Verwertbarkeit ist ebenso wichtig und notwendig, wie es  
937 Forschungsprogramme zu drängenden gesellschaftlichen Fragestellungen sind. Deshalb setzen  
938 wir uns ein für eine solide Grundfinanzierung und demokratische Selbstorganisation der  
939 Hochschulen und Wissenschaftsfreiheit in Verantwortung.

### 940 *In Zukunftstechnologien und digitale Infrastruktur investieren*

941 Europäische Kooperation ist die Grundvoraussetzung, um die Herausforderungen des 21.  
942 Jahrhunderts in Bezug auf Technologie und gesellschaftliche Veränderungen im Rahmen der  
943 Klimakrise bestehen zu können. Wir wollen deswegen wieder intensiv in den Wissens- und

944 Innovationsstandort Europa investieren und die Mittel des **kommenden europäischen**  
945 **Forschungsrahmenprogramms auf 120 Milliarden** Euro aufstocken. Damit wollen wir ein  
946 schlagkräftiges Nachfolgeprogramm zu „Horizon 2020“ etablieren, das besonders die  
947 Grundlagenforschung und die Wissenschaftsfreiheit inter- und transdisziplinär fördert,  
948 wohlwissend, dass eine Gesellschaft technisches und Orientierungswissen benötigt, um  
949 erfolgreich die Zukunft bewältigen zu können.

950 Es bleibt daher ein Fehler, dass die Bundesregierung die Vorschläge vom französischen  
951 Präsidenten, eine **europäische Agentur für Sprunginnovationen und ein deutsch-französisches**  
952 **KI-Zentrum** zu etablieren, nicht angenommen und ernsthaft verfolgt hat. Stattdessen hat die  
953 große Koalition eine allein national ausgerichtete Agentur für Sprunginnovationen etabliert.  
954 Wir fordern, dass diese nun zumindest mit den europäischen Institutionen und Initiativen eng  
955 verzahnt wird. Auch sind die geplanten 500.000 Euro Förderung für ein virtuelles deutsch-  
956 französisches KI-Netzwerk viel zu wenig, um die besten Forscher\*innen zusammenzubringen und  
957 tatsächlich Synergien zu etablieren.

958 **Schnelles Netz** ist die Grundlage für alles – Industrie, Mobilität, Landwirtschaft, digitale  
959 Verwaltung, Teilhabe, ökonomischer Erfolg. Für Unternehmen ist der Breitbandausbau eine  
960 harte Standortfrage. Und oftmals sind es gerade die ländlichen Regionen, die von schnellem  
961 Internet abgehängt sind. Von der flächendeckenden Grundversorgung, die die Bundesregierung  
962 versprochen hatte, sind wir weit entfernt. Für die digitale Infrastruktur Glasfaser und 5G-  
963 Mobilfunk gibt es erhebliche Investitionslücken.

964 Wir lassen uns beim Ausbau der 5G-Netze vom Vorsorgeprinzip leiten. Wir fordern daher die  
965 Veröffentlichung der Ergebnisse bereits durchgeführter Studien zu Auswirkungen von 5G, die  
966 aus öffentlichen Mitteln ganz oder teilweise finanziert wurden und rufen auch die  
967 Unternehmen auf, ihre eigenen Untersuchungen vollumfänglich zu veröffentlichen. Wir  
968 unterstützen die Überprüfung und ggf. Erarbeitung geeigneter Prüf- und Messverfahren über  
969 Auswirkungen durch hochfrequente Sende- und Empfangsanlagen oberhalb 20 GHz und die  
970 Erstellung verbindlicher Grenzwerte durch das Bundesamt für Strahlenschutz. Wir setzen uns  
971 für eine EU-weite Abstimmung zu diesen Fragen ein und fordern ein möglichst einheitliches  
972 Vorgehen in den Mitgliedstaaten.

973 Damit der Glasfaserausbau zügig vorankommt und die Versorgung mit schnellem Internet bis zu  
974 jeder Haustür (FTTB) im ganzen Land sichergestellt wird, brauchen wir eine solide  
975 Finanzierung. Dafür wollen wir öffentliche Breitbandgesellschaften für den Glasfaserausbau  
976 im ländlichen Raum gründen, in die der Bund mindestens den Erlös des Verkaufs seiner  
977 Telekom-Aktien einbringt. Zusätzlich werden wir bei Netzregulierung, insbesondere bei neuen  
978 Ausschreibungen von Frequenzen darauf achten, dass die Netzbetreiber harte Verpflichtungen  
979 unterschreiben, auch entlegene ländliche Regionen zu versorgen.

#### 980 *Neue Wege bei Forschung & Entwicklung*

981 Für die Lösung von Zukunftsfragen brauchen wir eine starke Wissenschaft. Deshalb wollen wir  
982 die Wissenschaft bei der Digitalisierung unterstützen. Die freie Zugänglichkeit,  
983 Nachvollziehbarkeit und Verständlichkeit von Wissen ist dabei ein zentraler Baustein für  
984 eine innovative und zugleich am Gemeinwohl orientierte Wirtschaft. Wir wollen unter  
985 Berücksichtigung von Datenschutz freie Inhalte (in Forschung und Lehre), insbesondere Open  
986 Access-Publikationen, und bei Forschungsdaten (Open Science Data) besonders fördern. Wir  
987 wollen Initiativen der Wissenschaft fördern, Ergebnisse breit in die Gesellschaft zu  
988 kommunizieren und den Zugang und die Verständlichkeit von Wissen über kreative und neue  
989 kommunikative Wege zu erleichtern. Neben Vorträgen, Citizen Science und Science Slams bilden  
990 auch (Forschungs-)Museen, Reallabore und öffentliche Veranstaltungen an  
991 Forschungseinrichtungen wichtige Brücken zwischen Bürger\*innen und Forschenden.

992 KMUs sollen bei der Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsoffensive eine größere Rolle  
993 zugemessen werden, die wir durch steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung  
994 unterstützen wollen. Ferner wollen wir eine breite Verfügbarkeit von Basisinnovationen  
995 ermöglichen und dafür Open-Source-Lösungen fördern, insbesondere wenn diese von öffentlichen  
996 Forschungseinrichtungen entwickelt werden. Wir finden es wichtig bei Forschungsanliegen  
997 stärker NGOs und andere zivilgesellschaftliche Akteur\*innen zu berücksichtigen. Dafür  
998 brauchen wir z.B. mehr Reallabore und einen breiteren öffentlichen Dialog bei der  
999 Formulierung von Forschungsfragen.

1000 Eine faire Ausgestaltung des internationalen Rechtssystems muss verhindern, dass Patente und  
1001 sonstige geistige Eigentumsrechte (etwa auf HIV-Präparate, Saatgut oder tradiertes Wissen)  
1002 sozial schädlich genutzt werden und wirtschaftliche Entwicklung behindern. Investitionen aus  
1003 Drittstaaten müssen zum Aufbau von lokalem Wissen und hochwertigeren Anteilen an der  
1004 globalen Wertschöpfung beitragen. Ein möglichst großer Teil dieser Technologien sollte in  
1005 Formen offenen Wissens (Open Design, Open Source, Open Data, Creative Commons) entwickelt  
1006 werden und allen Menschen zur Verfügung stehen.

## 1007 **9. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West, Stadt und Land**

1008 Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass Stadt und Land, dass strukturschwache und  
1009 wirtschaftsstarke Regionen nicht weiter auseinanderdriften. In den deutschen Kommunen klappt  
1010 eine öffentliche Investitionslücke bei der Infrastruktur von 138 Milliarden Euro. So viel  
1011 Geld fehlt in Kitas, Straßen, Brücken oder Spielplätzen, allein um die Substanz zu erhalten.  
1012 Viele Kommunen können das nicht finanzieren. Damit werden wir unserer Verpflichtung nach  
1013 gleichwertigen Lebensverhältnissen nicht überall im Land gerecht, was vor allem  
1014 strukturschwache Regionen, gerade in Ostdeutschland, betrifft.

1015 Bund und Länder sollen in die Lage versetzt werden, strukturschwache Regionen besser zu  
1016 unterstützen, so dass die regionale Daseinsvorsorge überall gewährleistet ist. Das kann über  
1017 eine neue Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“ erfolgen. Wir wollen auch  
1018 Kompetenzagenturen schaffen, welche die Kommunen bei der Planung von Investitionen und dem  
1019 Abruf von Fördermitteln unterstützt. Eine Förderung über alle Regionen hinweg führt oft  
1020 dazu, dass stärkere Regionen aufgrund ihrer funktionierenden Infrastruktur und Verwaltung  
1021 die Mittel als erstes beantragen und bekommen, während die schwächeren Regionen dann das  
1022 Nachsehen haben. Wir wollen die Förderung auf die wirklich strukturschwachen Regionen  
1023 ausrichten und dabei auch Geschlechteraspekte bei der Ausgestaltung der regionalen  
1024 Daseinsvorsorge berücksichtigen. Die beste Förderung hilft nicht, wenn die Mittel nicht dort  
1025 ankommen, wo sie wirksam werden sollen.

1026 Wir wollen die aktuelle Förderung von ihrer Projektorientierung hin zu Prozessen ausrichten,  
1027 damit Projekte vor Ort langfristig gesichert sind und das Engagement der Leute vor Ort  
1028 nachhaltig gefördert wird. Daneben soll ein **Altschuldenfonds** Kommunen mit hohen Altschulden  
1029 neue Spielräume eröffnen, indem der Bund einen Teil der Schulden übernimmt, aber auch die  
1030 Verantwortung der Länder zum Tragen kommt sowie berücksichtigt wird, dass einige  
1031 Landesregierungen dies bereits aus eigener Kraft getan haben. Der Bund kann sich zu sehr  
1032 niedrigen – momentan sogar negativen – Zinsen finanzieren, und so den Kommunen wieder Luft  
1033 zum Atmen verschaffen. Außerdem werden wir die Kommunen bei den Sozialausgaben entlasten und  
1034 prüfen, wie Länder und Kommunen ihr Schuldenmanagement verbessern und in den Genuss der  
1035 günstigsten Zinskonditionen des Bundes kommen können. Die **regionale Wirtschaftsförderung**  
1036 wollen wir neu ausrichten und Regionen, die einen starken Strukturwandel zu bewältigen  
1037 haben, mehr in den Blick nehmen. Entscheidend für die Ansiedlung von Unternehmen ist nicht  
1038 der Scheck vom Staat, sondern eine exzellente Infrastruktur und gut ausgebildete Fachkräfte  
1039 vor Ort. Wo es keinen Datenhighway gibt, kann sich heute kein Unternehmen mehr ansiedeln.

1040 Für die Lausitz hieße das zum Beispiel, dass man von den kleinen Orten schnell nach Cottbus  
1041 kommen kann, und von Cottbus schnell mit der Bahn nach Berlin, Wrocław oder Warschau.  
1042 Schnelles Internet und das digitale Büro würden es mit einem Arbeitsplatz in Berlin  
1043 ermöglichen, an der mecklenburgischen Seenplatte zu wohnen. Gute Bahnverbindungen würden die  
1044 gelegentliche, zügige Fahrt zur Firma erlauben. Wir wollen die **regionalen Zentren stärken**  
1045 und zu Ankerpunkten in den Regionen mit breitem Angebot an öffentlichen und kulturellen  
1046 Dienstleistungen machen. Dies wollen wir in Grenzregionen auch grenzüberschreitend und  
1047 europäisch gestalten. Wir wollen auch Universitäten und Fachhochschulen ansiedeln bzw.  
1048 erweitern, denn sie können einen Wissenstransfer in die lokale Wirtschaft organisieren.  
1049 Gleichzeitig bringen die gut ausgebildeten Studierenden eigene Geschäftsideen mit oder sind  
1050 künftige Fachkräfte für die lokale Wirtschaft. So kann es auch gelingen, junge Zugewanderte  
1051 zu motivieren, etwa in die Uckermark oder nach Ostachsen zu ziehen.

## 1052 **10. Mit einer gemeinsamen Industriestrategie die Stärke des europäischen Binnenmarktes** 1053 **nutzen**

1054 Der Kern einer guten Industriepolitik liegt in der Stärkung der eigenen Innovationskraft,  
1055 nicht in der Abwehr von Konkurrenz. Trotzdem ist es wichtig, dass Deutschland und Europa  
1056 faire Regeln entwickeln und diese dann nach innen und außen durchsetzen.

1057 Der **europäische Binnenmarkt** ist der größte gemeinsame Wirtschaftsraum der Welt. Kein großes  
1058 globales Unternehmen kann es sich leisten, auf diesem riesigen Markt nicht vertreten zu  
1059 sein. Den Europäischen Binnenmarkt müssen wir nutzen, um Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und  
1060 faire Spielregeln zu stärken, anstatt uns von nationalen Interessen auseinanderdividieren zu  
1061 lassen.

1062 Wer auf dem europäischen Markt mitspielen will, muss den europäischen Regeln folgen. Mit der  
1063 Datenschutzgrundverordnung haben wir gezeigt, wie das geht. Entweder halten sich Unternehmen  
1064 daran, oder ihnen wird der Zugang zum Markt verwehrt. Mittlerweile macht die DSGVO  
1065 international Karriere.

1066 Die Europäische Union muss dafür als starke und geeinte Akteurin gemeinsame Standards für  
1067 eine zukunftsfähige Wirtschaft entwickeln – statt Empfängerin der strategischen  
1068 Entscheidungen anderer zu sein. Wenn die USA auf einen finanzmarktgetriebenen Kapitalismus  
1069 und China auf autoritären Staatskapitalismus setzt, dann müssen wir uns nicht entscheiden,  
1070 sondern darauf eine europäische Antwort geben: mit einem **Green New Deal für die sozial-  
1071 ökologische Marktwirtschaft**.

1072 Europa braucht eine **gemeinsame Industriepolitik**, deren Kern in der Stärkung der eigenen  
1073 Innovationskraft und der Durchsetzung von fairen Spielregeln für die Wirtschaft liegt – nach  
1074 innen wie nach außen. Ihre Ziele und Instrumente sollen sich an der Notwendigkeit einer  
1075 sozial-ökologischen Transformation der Wirtschaft orientieren. So kann der europäische  
1076 Binnenmarkt, auch aufgrund seiner Größe, zum Leitmarkt für die Welt werden.

1077 *Eine Industriestrategie zur Stärkung von Innovation und Nachhaltigkeit*

1078 **Eine Industriestrategie** muss in erster Linie Innovationen in Deutschland und Europa aktiv  
1079 vorantreiben, zum Beispiel durch ordnungspolitische Leitplanken und öffentliche Aufträge,  
1080 welche die Nachfrage nach neuen Technologien stimulieren. Sie soll dabei insbesondere auch  
1081 den ökologischen Wandel der Wirtschaft unterstützen, durch Maßnahmen wie eine langfristige  
1082 Klimaschutzstrategie, einen europaweiten CO<sub>2</sub>-Mindestpreis, oder die Förderung industrieller  
1083 Leuchtturmprojekte mit dem Ziel, Treibhausgasemissionen in den energieintensiven Branchen  
1084 abzubauen. Finanzmärkte müssen so reguliert werden, dass sich nachhaltige Investitionen  
1085 auszahlen und nicht benachteiligt werden. Auch die europäischen Investitionsprogramme müssen  
1086 auf Nachhaltigkeit getrimmt werden.

1087 Eine Industriestrategie soll auch dafür sorgen, dass europäische Kräfte bei künstlicher  
1088 Intelligenz gebündelt werden und öffentliche Investitionen in europäische Gemeingüter  
1089 getätigt werden, wie in die Verkehrs-, Telekommunikations- und Energieinfrastruktur.  
1090 Rechtswidriger Steuerumgehung und Steuerbetrug erteilen wir eine Absage, denn auch  
1091 Unternehmen müssen sich angemessen an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligen.  
1092 Auch gerechte Arbeitsbedingungen, Mindeststandards bei der sozialen Absicherung und eine  
1093 europäische Rückversicherung für die nationalen Arbeitslosenversicherungssysteme müssen Teil  
1094 einer solchen sozial-ökologischen Industriestrategie sein.

#### 1095 *Wettbewerbsverzerrungen bekämpfen*

1096 Gegenüber staatlich subventionierten Monopolisten aus China und unregulierten  
1097 Digitalkonzernen aus den USA muss eine europäische Industriestrategie fairen Wettbewerb auf  
1098 dem europäischen Markt sicherstellen, zum Beispiel durch eine Weiterentwicklung der Anti-  
1099 Dumping- und Anti-Subventionsinstrumente, eine Reform der WTO und eine Schärfung der Regeln  
1100 im Kartellrecht. Auch muss die Europäische Union Wettbewerbsverzerrungen bei öffentlichen  
1101 Aufträgen stärker ahnden können. Ein Weg könnte sein, im Vergaberecht die Möglichkeiten zu  
1102 schaffen, Angebote aus Ländern, die ihre Firmen subventionieren, mit einem Aufschlag zu  
1103 versehen und auch bei Nicht-EU-Bietern hohe Arbeits- und Umweltstandards zu berücksichtigen.  
1104 Mittelfristig sollte das Prinzip der Gegenseitigkeit (Reziprozität) für Drittstaaten gelten,  
1105 damit es zu gleichen Wettbewerbsbedingungen kommen kann. Außerdem braucht es eine  
1106 europäische Antwort darauf, wie damit umzugehen ist, wenn zum Beispiel chinesische  
1107 Unternehmen europäische aufkaufen, ihnen dann de facto umsonst Kredite zukommen lassen und  
1108 dadurch den Wettbewerb verzerren.

#### 1109 *Kontrolle über kritische Infrastruktur*

1110 Ausländische Direktinvestitionen in **Schlüsseltechnologien und kritische Infrastruktur**  
1111 sollten besser überwacht werden. Der neue europäische Screening-Mechanismus für  
1112 Direktinvestitionen sollte in die deutsche Außenwirtschaftsordnung integriert und konsequent  
1113 angewandt werden. Denn wenn wir keine Kontrolle mehr über unsere kritische Infrastruktur  
1114 haben, haben wir ein riesiges Sicherheitsproblem, sind abhängig und im schlimmsten Fall  
1115 erpressbar.

1116 Die fortschreitende Digitalisierung macht die bessere Überwachung von ausländischen  
1117 Direktinvestitionen in **Schlüsseltechnologien und den Schutz der kritischen Infrastruktur**  
1118 **notwendig.**

1119 Der neue europäische Screening-Mechanismus für Direktinvestitionen sollte in die deutsche  
1120 Außenwirtschaftsordnung integriert und konsequent angewandt werden. Sichere digitale  
1121 Infrastrukturen sind längst systemrelevant. Mit Blick auf die konkret anstehende  
1122 Entscheidung zu 5G stellen wir fest, dass Huawei die Kriterien des derzeit vorliegenden IT-  
1123 Sicherheitskatalogs bislang nicht erfüllt hat und deshalb zumindest in besonders  
1124 sicherheitsrelevanten Netzen nicht zugelassen werden darf. Die Diskussion hat gezeigt, wie  
1125 groß die Versäumnisse der Bundesregierung sind, gerade wenn es um den Schutz besonders  
1126 kritischer Infrastrukturen geht. Sie hat gezeigt, dass es weiterhin klarer rechtlicher  
1127 Vorgaben für den Einsatz und die Überprüfbarkeit von Hard- und Software, neuer  
1128 Haftungsregelungen, des verstärkten Einsatzes von Open Source und Open Hardware und  
1129 unabhängiger Aufsichtsstrukturen dringend bedarf – fernab einzelner Anbieter und auch für  
1130 europäische Firmen. Nur hierdurch ist das Ziel zu erreichen, IT-Sicherheit effektiv zu  
1131 erhöhen, Abhängigkeiten von einzelnen Anbietern zu reduzieren und die digitale Souveränität  
1132 für Europas Bürger\*innen und seine Unternehmen zu verfolgen.

#### 1133 *Regulatorische Macht für sozial-ökologische Ziele*



1134 Auch global sollten wir Europäer\*innen Regeln setzen und dazu unser gesamtes europäisches  
1135 Schwergewicht in die Waagschale werfen. Wer in Europa Produkte verkaufen will, muss fair  
1136 produzieren. Die Produktion muss im Einklang mit den Klimazielen von Paris stattfinden.  
1137 Menschen- und Arbeitsrechte und der Schutz der Umwelt müssen geachtet werden. Dafür braucht  
1138 es Handelsabkommen, die ökologische und soziale Standards gegenüber Handelspartnern  
1139 einklagbar machen und ein **Lieferkettengesetz**, das Transparenz und menschenrechtliche  
1140 Sorgfaltspflichten für Unternehmen rechtsverbindlich macht. Wir wollen den Einsatz neuer  
1141 Technologien fördern, die die Zwischenstufen im Produktionsprozess nachvollziehbar machen.  
1142 So verhindern wir zum Beispiel, dass bei uns Produkte verkauft werden, deren Vorprodukte mit  
1143 Kinderarbeit in Afrika hergestellt wurden.

1144 *Den Euro zur Leitwährung machen*

1145 Kaum ein Land in der EU profitiert so stark von der gemeinsamen Europäischen Währung.  
1146 Anstatt sich als Exportnation zu feiern, sollte Deutschland zum Wohle und Wohlstand aller  
1147 daher besonders in die Stärkung der Eurozone investieren.  
1148 Die wirtschaftliche Stärke Europas wird zentral davon abhängen, ob wir die **Währungsunion**  
1149 **vollenden**. Bis jetzt verlassen wir uns fast vollständig darauf, dass die Europäische  
1150 Zentralbank die Kohlen aus dem Feuer holt. Das darf nicht so bleiben. Dazu kommt, dass eine  
1151 Währungsunion ohne makroökonomische Ausgleichsmechanismen auf Dauer nicht gut funktionieren  
1152 kann. Daher wollen wir eine **gemeinsame Fiskalpolitik** für die Eurozone, die im Abschwung  
1153 beherrscht gegensteuern, die Wirtschaft stabilisieren und europäische Gemeingüter finanzieren  
1154 kann. Investitionen des gemeinsamen Haushalts sollten für europäische Gemeingüter wie den  
1155 Klimaschutz, den Ausbau der erneuerbaren Energien, Kommunikation und Internet oder die  
1156 Schieneninfrastruktur eingesetzt werden. Ein solches Eurozonenbudget, das stabilisiert und  
1157 investiert, sollte mindestens ein Prozent der Wirtschaftsleistung der teilnehmenden Staaten  
1158 umfassen, um makroökonomisch wirksam zu sein. Es könnte sich auch über europaweite Steuern  
1159 wie eine Digitalkonzernsteuer, eine Finanztransaktionssteuer oder einen Teil einer  
1160 harmonisierten europäischen Körperschaftssteuer finanzieren.

1161 Kaum ein Land in der EU profitiert so stark von der gemeinsamen Europäischen Währung.  
1162 Anstatt sich als Exportnation zu feiern, sollte Deutschland zum Wohle und Wohlstand aller  
1163 daher besonders in die Stärkung der Eurozone investieren. Zur Vollendung der Währungsunion  
1164 braucht es nicht nur eine gemeinsame Fiskalpolitik, sondern erstens einen großen Markt für  
1165 sichere europäische Anleihen und zweitens einen glaubwürdigen Rahmen für das gemeinsame  
1166 Krisenmanagement. Für den Ausbau der paneuropäischen Infrastruktur wie zum Beispiel  
1167 grenzüberschreitender Strom- oder Bahnnetze ist es **sinnvoll, gemeinsame europäische** Anleihen  
1168 zu schaffen, über die ein Teil dieser Investitionen im Rahmen des Eurozonenhaushalts und  
1169 perspektivisch auch des EU-Haushalts über Kredite finanziert werden kann.  
1170 So kann es uns gelingen, den **Euro zu einer** globalen Leitwährung auszubauen. Das ist nicht  
1171 nur eine Frage der wirtschaftlichen Stabilität, sondern es ist auch eine zentrale Frage  
1172 europäischer Souveränität und unserer außenpolitischen Handlungsfähigkeit.

1173 Gleichzeitig wollen wir sicherstellen, dass Europa seine Krisen selbst lösen kann. Dafür  
1174 wollen wir den Europäischen Rettungsschirm ESM zu einem vollwertigen **Europäischen**  
1175 **Währungsfonds** weiterentwickeln, im EU-Recht verankern und der demokratischen Mitbestimmung  
1176 und Kontrolle durch das Europäische Parlament unterwerfen. Für eine wirksame  
1177 Krisenbekämpfung muss auch die Bankenunion vollendet werden. So stellen wir sicher, dass  
1178 Banken in Zukunft einheitlich, europäisch, und nicht zu Lasten der Steuerzahler abgewickelt  
1179 werden. Dafür benötigen wir zum einen ein glaubwürdiges Abwicklungsregime inklusive einer  
1180 robusten Letztsicherung für den gemeinsamen Abwicklungsfonds. Zum andern braucht es dafür  
1181 eine **gemeinsame europäische Einlagensicherung**. Sie sollte als Rückversicherung ausgestaltet  
1182 sein, damit die europäische Sicherung erst eingreift, wenn die nationale überfordert ist.  
1183 Die deutschen Sparkassen und Genossenschaftsbanken können so weiter auf ihre bewährten

1184 Institutssicherungssysteme setzen. Schließlich sollte auch und gerade Deutschland mit seiner  
1185 eigenen Fiskalpolitik viel stärker zu einem guten Funktionieren der Eurozone beitragen.

1186 Für einen **Ausgleich von makroökonomischen Ungleichgewichten** innerhalb Europas und zur  
1187 Stärkung der europäischen Nachfrage muss Deutschland aktiv seinen überbordenden  
1188 Leistungsbilanzüberschuss reduzieren und den europäischen Partnern mehr Luft zum Atmen  
1189 lassen, und darf nicht zu einer einseitigen und spaltenden Sparpolitik zurückkehren. Um dies  
1190 zu erreichen wollen wir in Deutschland für faire Löhne besonders am unteren Ende der  
1191 Einkommensskala sorgen und die Investitionen hochfahren. Auf EU-Ebene setzen wir uns für die  
1192 Einführung einer europäischen Arbeitslosen-Rückversicherung als automatischen Stabilisator  
1193 ein.

#### 1194 **11. Fairer Wettbewerb statt Machtwirtschaft**

1195 Wettbewerb ist Grundlage der Marktwirtschaft und Motor des Fortschritts. Ein starkes  
1196 Kartellrecht, das fairen Wettbewerb sichert und die Konzentration wirtschaftlicher Macht  
1197 begrenzt, ist nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für das Funktionieren der  
1198 Demokratie wesentlich. Es hält Märkte offen und sorgt dafür, dass sich die beste Idee  
1199 durchsetzt und nicht stets der Platzhirsch. Fehlt der Wettbewerb, können Monopolisten hohe  
1200 Gewinne auf Kosten der Verbraucher\*innen machen und Startups in ihrer Entwicklung behindern.  
1201 Eine exzessive Marktkonzentration geht einher mit der Konzentration von Vermögen und erhöht  
1202 die Ungleichheit. Und wer Märkte kontrolliert, kann auch politische Kontrolle ausüben und  
1203 Spielregeln mitbestimmen. **Das Wettbewerbsrecht braucht ein Update.** Digitale Geschäftsmodelle  
1204 ändern Geschäftsbeziehungen und Wettbewerbsdynamik. Nutzer\*innen zahlen für viele Dienste im  
1205 Internet nicht mit Geld, sondern mit Daten. Netzwerkeffekte machen einzelne Plattformen zu  
1206 Giganten mit riesigen Datenschätzen. Ihre Marktmacht können sie missbrauchen, um  
1207 Datenschutzbestimmungen abzusenken, Geschäftspartner\*innen Preise zu diktieren oder  
1208 Konkurrent\*innen auszubooten.

1209 Wir wollen marktbeherrschende **digitale Plattformen streng regulieren**. Wenn sie anderen  
1210 Firmen den Marktzugang verwehren oder absurde Konditionen verlangen, müssen die  
1211 Kartellbehörden hart dagegen vorgehen. Damit die europäische Wettbewerbspolitik den  
1212 Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird, brauchen wir ein **eigenständiges,**  
1213 **europäisches Kartellamt** mit angemessenen Mitteln und Personal. Unter dem Dach dieses  
1214 Kartellamtes soll eine europäische Digitalaufsicht etabliert werden, die als politisches  
1215 Frühwarnsystem für kritische Marktmachtkonzentrationen und verbraucherschädigendes Verhalten  
1216 fungiert, dabei insbesondere große Plattformmärkte und natürliche, digitale Monopole  
1217 reguliert und sanktionsbewährte Kooperations- sowie Transparenzpflichten aussprechen kann.

1218 Heute muss die Kartellaufsicht den Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung nachweisen,  
1219 um ein Unternehmen entflechten zu können. Das ist in der Regel kaum möglich. Wir treten  
1220 daher dafür ein, dass Unternehmen auch unabhängig von einem Missbrauch aufgespalten werden  
1221 können, wenn ihre Marktmacht zu groß und zum Problem für Wirtschaft und Gesellschaft wird.  
1222 Das Facebook-Monopol ist beispielsweise so ein Fall. Wir wollen **Instagram, Facebook und**  
1223 **WhatsApp wieder entflechten**. Indem wir die Grundsätze der Interoperabilität, wie sie heute  
1224 bei Telefon, SMS und Mail selbstverständlich sind, auf Messenger-Dienste übertragen, wollen  
1225 wir den Markteintritt neuer Anbieter erleichtern und den Wettbewerb um die besten  
1226 Datenschutzbestimmungen entfachen.

1227 Wir GRÜNE wollen, dass das Wettbewerbsrecht im Sinne der europäischen Verträge angewandt  
1228 wird. Umweltschutz und die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung müssen dabei  
1229 berücksichtigt werden. Die Fusionen von Bayer und Monsanto sowie weiterer Agrochemiekonzerne  
1230 sind zum Beispiel nicht nur für den Wettbewerb problematisch, sondern auch für die Umwelt.  
1231 Fehlende Sortenvielfalt, Pestizideinsatz und Artensterben sind die Folgen.

1232 Außerdem sollte bei der Fusionskontrolle die Hohe Vertreter\*in für Außen- und  
1233 Sicherheitspolitik einbezogen und um eine sicherheitspolitische Einschätzung gebeten werden.

1234 Wer fairen Wettbewerb will, muss **Verstöße wirksam juristisch ahnden**. Der Abgasskandal hat  
1235 einmal mehr gezeigt, wie Unternehmen versuchen, fairen Wettbewerb durch Betrug zu umgehen.  
1236 Wir GRÜNE wollen solch gemeinwohlschädliches Verhalten strikt ahnden. Wir wollen eine  
1237 gesetzliche Regelung, welche die bessere Verfolgung und Sanktionierung von Straftaten  
1238 ermöglicht, die aus Unternehmen heraus begangen werden. Dabei muss der Staat seine Gesetze  
1239 und Verordnungen konsequent durchsetzen. Des Weiteren sollen identifizierte Gesetzeslücken  
1240 geschlossen werden. Der Abgasskandal ist auch ein Beispiel dafür, dass er das nicht immer  
1241 tut – denn er wurde erst durch die jahrelange Kumpanei von Autoindustrie, Aufsichtsbehörden  
1242 und Politik möglich. Und um den Einfluss von Lobbyist\*innen und Interessengruppen auf den  
1243 Bundestag offenzulegen, wollen wir ein **verpflichtendes öffentliches Lobbyregister**  
1244 einrichten. Wer als Hinweisgeber unethisches oder strafbares Verhalten in der Wirtschaft  
1245 aufdeckt, handelt im Interesse des Gemeinwohls und braucht rechtlichen Schutz vor Sanktionen  
1246 und wirtschaftlichen Nachteilen. Damit solche Missstände frühzeitig aufgedeckt und  
1247 abgestellt werden, brauchen wir zudem klare und sichere Meldewege für Whistleblower\*innen.  
1248 Wir wollen solche sicheren und anonymen Meldewege für digitale und analoge Daten bei  
1249 öffentlichen Aufsichts- und Strafverfolgungsstellen einrichten und bekannt machen.

1250 Bisher gibt es in Deutschland und Europa keine finanziellen Entschädigungen für die vom  
1251 Dieselskandal Betroffenen. Für Einzelne ist es oft viel zu schwer, das geltende Recht auch  
1252 zur Geltung zu bringen. So weigern sich etwa Fluggesellschaften, Entschädigungsansprüchen  
1253 nachzukommen. Auch auf unseren Druck hin ist es gelungen, in Deutschland erstmals  
1254 Musterfeststellungsklagen zu ermöglichen. Sie sind aber unzureichend, denn immer noch muss  
1255 jede\*r Betroffene einzeln klagen. Daher wollen wir endlich Gruppenklagen ermöglichen, um das  
1256 Prozessrisiko auf viele Schultern zu verteilen.

## 1257 **12. Faire Welthandels- und Währungsordnung schaffen**

1258 Uns geht es um eine **Re-Regulierung der Globalisierung**. Die vergangenen Jahre haben gezeigt:  
1259 Eine unregulierte Globalisierung führt zur Ausbeutung von Menschen und Umwelt und  
1260 beschleunigt die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Die Wohlstandsgewinne aus  
1261 internationalem Handel sind ungleich verteilt. Rechtsextremist\*innen und Nationalist\*innen  
1262 benutzen die berechtigte Kritik an Fehlentwicklungen der Globalisierung, um einen Rückfall  
1263 in den Nationalismus zu propagieren. Das ist die falsche Antwort. Wir stellen eine  
1264 freiheitliche und weltoffene Antwort dagegen. Richtig genutzt kann eine gute Handelspolitik  
1265 Umweltschutz, Klimaschutz, Menschenrechte, Arbeitnehmer\*innenrechte und  
1266 Wirtschaftsinteressen in Balance bringen. Und so die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen  
1267 erhalten, im globalen Süden Gerechtigkeit schaffen und Demokratieverdrossenheit bekämpfen.  
1268 Wir brauchen aber auch einen Globalen Green New Deal. Denn unsere Ökonomien und unsere  
1269 Ökosysteme hängen voneinander ab. In einer globalisierten Welt sind nicht nur die Krisen  
1270 global, auch die Lösungen müssen global sein. Das bedeutet nicht abzuwarten, bis andere  
1271 vorgehen. Gerade die wohlhabenden und technologisch hoch entwickelten Staaten müssen den  
1272 Weg für eine grüne Wende im globalen Maßstab ebnen.

1273 Europa hat mit dem größten Binnenmarkt der Welt etwas zu bieten – und wir wollen dieses  
1274 Angebot mit einer klaren Aufforderung zu progressiver Politik verbinden. Den Zugang zu  
1275 unseren Märkten gewähren wir nur bei Einhaltung sozial-ökologischer Mindeststandards.  
1276 Dadurch werden positive Auswirkungen auf Arbeitnehmer\*innen weltweit entstehen. Wenn  
1277 Regierungen wirtschaftspolitische Maßnahmen ergreifen wollen, um das Pariser Klimaabkommen,  
1278 die VN-Menschenrechtskonventionen oder die Ziele der Agenda 2030 zu erfüllen, dürfen diese  
1279 nicht durch Handelsverträge oder Investitionsschutzklagen erschwert oder gar konterkariert  
1280 werden. Bestandteil von Verträgen sollte sein, dass alle Handelspartner\*innen sich

1281 verpflichten, den bei ihnen tätigen oder ansässigen Unternehmen eine menschenrechtliche  
1282 Sorgfaltspflicht im Sinne der VN Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte  
1283 aufzuerlegen.

1284 Doch hierfür brauchen wir eine **Neuausrichtung der EU-Handelspolitik**. Das Mercosur-Abkommen,  
1285 das die EU unter anderem mit Brasilien abschließen will, ist das letzte fatale Beispiel  
1286 einer Agenda, die Liberalisierung und Deregulierung in den Mittelpunkt stellt. Wir  
1287 kritisieren die hochproblematischen Konzernschiedsgerichte in Verträgen wie bei TTIP, CETA  
1288 oder JEFTA, die auf der anderen Seite keine effektiven Schutzmechanismen für Klima, Umwelt,  
1289 Menschenrechte, Arbeitnehmer\*innen und Verbraucher\*innen enthalten. Der brennende Amazonas  
1290 führt uns diese fatale Logik mehr als deutlich vor Augen, denn die zwischen der EU und den  
1291 Mercosur-Staaten vereinbarten Handelserleichterungen für Rindfleisch wirken für den  
1292 Regenwald wie ein Brandbeschleuniger. Wir wollen einen **Importstopp von Agrarprodukten aus  
1293 gerodeten Gebieten des Amazonas sowie von Palmöl aus dem indonesischen Regenwald**.  
1294 Mittlerweile wird auch immer mehr europäischen Regierungen klar, dass die  
1295 Nachhaltigkeitsklauseln im Abkommen zahnlos sind und für das Klima, den Regenwald und die  
1296 dort heimischen Indigenen keinen ausreichenden Schutz bieten, da es keinen wirkungsvollen  
1297 Sanktionsmechanismus gibt, durch den Handelserleichterungen zurückgenommen werden könnten.

1298 **Wir GRÜNE lehnen dieses Abkommen wie auch CETA und JEFTA in ihrer bisherigen Form ab**, denn  
1299 trotz einzelner Verbesserungen erfüllen sie die Bedingungen an fairen Handel nicht. Deswegen  
1300 wollen wir, dass sich die Bundesregierung im Rat für einen Stopp der Ratifizierung des  
1301 jetzigen  
1302 Mercosur-Abkommens und für Nachverhandlungen mit einem neuen Mandat einsetzt. Außerdem ist  
1303 es an der Zeit für ein **Bündnis für fairen Handel** – aufbauend auf den Korrekturen, die es  
1304 nach der umfassenden Kritik gerade auch der Zivilgesellschaft bereits gegeben hat und die  
1305 auch einige europäische Regierungen zum Umdenken gebracht haben.

1306 Die EU sollte dabei in erster Linie auf Reformen der multilateralen Handelsregeln sowie auf  
1307 einen **gemeinsamen plurilateralen Vertrag** setzen, der weltweit Standards für fairen, offenen,  
1308 geschlechtergerechten und ökologischen Handel etabliert mit dem Ziel, die Globalisierung  
1309 gerecht zu gestalten. Bilaterale Handelsverträge können Zwischenschritte sein. Dafür müssen  
1310 diese aber offen für andere Handelspartner und so ausgestaltet sein, dass sie in ein  
1311 globales Welthandelssystem integrierbar sind. Der Fokus muss in Zukunft auf  
1312 Handelsliberalisierungen liegen, die sich positiv auf die nachhaltige Entwicklung auswirken.

1313 Starke Regeln für faire Märkte gehören dabei zum Kern von Handelsabkommen. Das beinhaltet  
1314 zentrale internationale Abkommen wie die ILO-Kernarbeitsnormen oder das Pariser  
1315 Klimaschutzabkommen. Handelserleichterungen könnten somit auch wieder aufgehoben werden,  
1316 wenn ein Handelspartner zum Beispiel den Klimavertrag von Paris aufkündigt oder dessen Ziele  
1317 nicht einhält. Das gleiche gilt für den Verstoß gegen Menschenrechte und auch für die Nicht-  
1318 Einhaltung von Mindeststandards für Umwelt und Arbeit.

1319 Das **Vorsorgeprinzip** wollen wir zum Schutz von Umwelt und Verbraucher\*innen für alle Teile  
1320 von Handelsverträgen geltend machen. Parlamente dürfen durch Regeln zur regulatorischen  
1321 Zusammenarbeit in Handelsabkommen nicht umgangen oder geschwächt werden. Faire  
1322 Handelspolitik lässt den Staaten, Regionen und Kommunen Freiräume, um Dienstleistungen so zu  
1323 organisieren und zu regulieren, wie sie das für richtig halten.

1324 Statt einseitiger Sonderklagerechte für private Investoren (ISDS/ICS) setzen wir uns für  
1325 einen **ständigen internationalen Handelsgerichtshof** ein, vor dem auch Betroffene klagen  
1326 können, wenn Unternehmen gegen Investorenpflichten im Bereich der grundlegenden  
1327 Menschenrechte, Sozial- oder Umweltstandards verstoßen. Die zugrundeliegenden Regeln, die  
1328 Unternehmensklagen ermöglichen, müssen eng begrenzt werden, um bspw. Klagen gegen Fracking-  
1329 Verbote oder den Atom-Ausstieg auszuschließen.

1330 *Lieferkettengesetz einführen*

1331 Damit Menschenrechte und Umwelt in internationalen Lieferketten nicht länger unter die Räder  
1332 geraten, wollen wir gesetzliche Regeln zu Transparenz und Sorgfaltspflichten für Unternehmen  
1333 einführen. Das beinhaltet, dass die EU nachvollziehbare entwaldungsfreie Lieferketten  
1334 verbindlich durchsetzt. So kann bei Bruch von internationalen Verträgen und Verpflichtungen  
1335 ein Importstopp von Agrarprodukten wie zum Beispiel für Soja und Rindfleisch aus gerodeten  
1336 Gebieten des Amazonas verhängt werden. In der öffentlichen Beschaffung sollte Deutschland  
1337 mit gutem Beispiel voran gehen und nur noch Produkte aus nachweislich entwaldungsfreien  
1338 Lieferketten einkaufen.

1339 Transnationale Unternehmen, **die in Deutschland tätig sind**, wollen wir dafür haftbar machen,  
1340 wenn sie innerhalb ihrer Produktions- und Ressourcenketten an Menschenrechtsverletzungen  
1341 beteiligt sind. **Wenn Unternehmen nachweislich fahrlässig gehandelt oder bewusst ihre**  
1342 **Sorgfaltspflichten misachtet haben, sollen Betroffene diese in Deutschland zivilrechtlich**  
1343 **belangen können.** Das Beispiel Frankreich zeigt, dass dies möglich ist. Unternehmen müssen  
1344 entlang ihrer Lieferketten soziale und ökologische Mindeststandards einhalten und vor allem  
1345 müssen diese transparent sein, sodass klar ist, unter welchen Bedingungen Produkte  
1346 produziert wurden. Kriege, Menschenrechtsverletzungen und Ausbeutung dürfen nicht durch  
1347 Produkte finanziert werden, die in der EU verkauft werden. Produkte, die soziale und  
1348 ökologische Mindeststandards nicht einhalten, wollen wir nicht in unseren Supermarktregalen  
1349 sehen. Wir wollen eine konsequente Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und  
1350 Menschenrechte.

1351 Und wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie sich endlich aktiv am Prozess der  
1352 Vereinten Nationen zur Erreichung eines völkerrechtlichen Abkommens (UN Binding Treaty  
1353 Prozess) beteiligt, mit dem transnationale Konzerne und andere Wirtschaftsunternehmen für  
1354 Menschenrechtsverstöße zur Verantwortung gezogen werden sollen.

1355 Wir fordern, dass in allen Handelsabkommen der EU soziale und ökologische Standards für  
1356 Unternehmen, die Produkte in die EU importieren, rechtsverbindlich verankert werden. So  
1357 sorgen wir zum Beispiel dafür, dass Smartphones, deren Rohstoffe mit Kinderarbeit im Kongo  
1358 geschürft wurden, Jeans, deren Produktion Flüsse in Bangladesch vergiftet haben oder auch  
1359 Rindfleisch aus gerodeten Gebieten des Amazonas nicht mehr länger auf den Europäischen Markt  
1360 gelangen. Daraus resultierende Importbeschränkungen stellen sicher, dass durch die  
1361 Marktmacht des größten Binnenmarkts der Welt ökologische und soziale Verbesserungen entlang  
1362 der Lieferkette international durchgesetzt werden.

1363 *Handel nicht auf Kosten der Ärmsten*

1364 Entwicklungschancen für wirtschaftlich schwächere Länder müssen durch Handelsabkommen  
1365 vergrößert statt verkleinert werden. Dazu gehören wirksame Klauseln zum Schutz sensibler  
1366 Wirtschaftsbereiche, die Erlaubnis für Exportsteuern auf Rohstoffe, die Förderung regionaler  
1367 Integration, Technologietransfer und eine angemessene Besteuerung wirtschaftlicher  
1368 Aktivität. Menschenrechte und Entwicklungschancen müssen Vorrang vor reinen  
1369 Handelsinteressen haben. Deshalb ist eine gewisse asymmetrische Ausgestaltung von Verträgen  
1370 zum Vorteil wirtschaftlich schwächerer Länder, aber auch in unserem Interesse.

1371 Gerade die Industrieländer werden von einer stabilen Entwicklung im globalen Süden, die den  
1372 Menschen Chancen, Perspektiven und Bildung gibt, ökonomisch, friedenspolitisch und  
1373 klimapolitisch profitieren. Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen sind dafür  
1374 kontraproduktiv. Gleichzeitig fordern wir, dass die EU ihre Zölle auf verarbeitete Produkte  
1375 aus Entwicklungsländern senkt oder abschafft, um die Produktion vor Ort zu fördern. Wir  
1376 wollen die regionale Integration von Entwicklungsländern fördern. Und wir bevorzugen die

1377 Welthandelsorganisation und multilaterale Abkommen gegenüber bilateralen Handelsabkommen, da  
1378 die Interessen insbesondere ärmerer Länder ansonsten drohen, unter die Räder zu geraten.

1379 *Entwicklungschancen für rohstofffördernde Länder*

1380 Bei Gewinnung, Verarbeitung und Nutzung von Bodenschätzen geht es auch um  
1381 Entwicklungschancen für die rohstofffördernden Länder. Der überproportionale Verbrauch von  
1382 Rohstoffen in den Industrieländern gibt uns nicht das Recht auf überproportionalen Zugang.  
1383 Nur eine faire Verteilung gewährleistet auch eine langfristig friedliche Zukunft. Daher  
1384 setzen wir auf **internationale und kooperative Lösungsansätze**. Häufig geht der Abbau von  
1385 Rohstoffen mit gravierenden Menschenrechtsverletzungen einher. Die EU-Verordnung zu  
1386 Konfliktmineralien tritt 2021 in Kraft und ist ein wichtiger Schritt, um den schlimmsten  
1387 Verbrechen Einhalt zu gebieten. Wir setzen uns dafür ein, die Verordnung auszuweiten, denn  
1388 bisher sind nur vereinzelte Rohstoffe abgedeckt. Gleichzeitig ergeben sich auch Vorteile,  
1389 wenn der Zugang zu und der Handel mit Rohstoffen stabil und langfristig ist. Voraussetzung  
1390 dafür ist, dass die menschenrechtlichen, sicherheits-, umwelt- und demokratiepolitischen  
1391 Konsequenzen mitberücksichtigt und dafür jeweils Standards geschaffen werden. Diese müssen  
1392 auf verschiedenen Ebenen ansetzen: im Herkunftsland, bei Investor\*innen und Unternehmen, im  
1393 Verbraucherland und auf internationaler Ebene.

1394 *Sichere und stabile Weltwährungsordnung schaffen*

1395 Nachdem in den 1970er Jahren das internationale Währungssystem „Bretton Woods“ aufgekündigt  
1396 wurde – es regelte die internationalen Finanz- und Wechselkursbeziehungen – waren die  
1397 Staaten nicht bereit, eine neue gemeinsame Ordnung zu etablieren. Stattdessen ließen die  
1398 großen Industrienationen ihre Wechselkurse weitgehend frei schwanken und die internationalen  
1399 Finanzinstitutionen setzten sich für einen unbeschränkten internationalen Kapital- und  
1400 Finanzverkehr ein. Regelmäßige Währungs- und Finanzkrisen haben seitdem die Welt erschüttert  
1401 und vor allem weniger entwickelte Länder wurden durch spekulative Kapitalflüsse in ihrer  
1402 Entwicklung immer wieder zurückgeworfen. Gleichzeitig sind die globalen  
1403 Handelsungleichgewichte explodiert und stellen einen neuen Herd der Instabilität dar. Wir  
1404 wollen international **im Rahmen der G20 eine Diskussion über ein neues System stabilisierter**  
1405 **Wechselkurse anregen**. In der Überzeugung, dass wir so Spekulation eindämmen, Entwicklung und  
1406 Handel fördern und Handelsungleichgewichte abbauen könnten.

1407 **Für die ärmsten Länder der Welt** ist die öffentliche Entwicklungsfinanzierung zentral. Wir  
1408 streben eine Weltwährungsordnung an, die es nicht nur den wohlhabenden Ländern ermöglicht,  
1409 langfristige Investitionen auch langfristig und damit verlässlich zu finanzieren. Dafür  
1410 müssen kurzfristige, spekulative Finanzströme reguliert, verteuert und notfalls auch  
1411 verboten werden. Wir müssen uns gegen spekulative Attacken auf Staaten und ihre Währungen  
1412 absichern. Dafür braucht es globale öffentliche Institutionen. Hier sind aber keine  
1413 kurzfristigen Erfolge zu erwarten. Um dennoch schnell zu einer Veränderung zu kommen, wollen  
1414 wir, dass die Europäische Zentralbank die Auswirkungen ihrer Politik auf Entwicklungsländer  
1415 berücksichtigt und diese unterstützt. Entwicklungsländern, die durch ungerechtfertigte  
1416 Währungsspekulationen unter Druck geraten, soll sie zur Seite springen können, sofern es mit  
1417 den geldpolitischen Zielen vereinbar ist. Hierfür könnten zum Beispiel Devisenswap-  
1418 Vereinbarungen oder Art. 219 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union  
1419 (AEUV) zur Festlegung von Wechselkurspolitiken genutzt werden.

1420 Die globale Transformation bedeutet vor allem in ärmeren Ländern massive Investitionen.  
1421 Diese nachhaltig, sozial-ökologisch und auf lokale Bedürfnisse ausgerichtet bereitzustellen,  
1422 muss ein zentrales Ziel der globalen Finanzierungsarchitektur sein.

1423 Die multilateralen Finanzinstitutionen **IWF, Weltbank** und regionale Entwicklungsbanken können  
1424 beim Erreichen der globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) und dem weltweiten sozial-

1425 ökologischen Umbau eine entscheidende Rolle spielen. Wir wollen Ländern verlässlichen Zugang  
1426 zu Finanzierung der Transformationsprozesse gewähren. Dabei muss die Weltgemeinschaft für  
1427 globale Allmenden (etwa das Klima, Biodiversität, Wälder) auch im Sinne der "gemeinsamen,  
1428 aber differenzierten Verantwortung" Lastenteilung ermöglichen. Dazu gehört derzeit ganz  
1429 konkret ihr Engagement konsequent am Pariser Klimaabkommen auszurichten. Wir dürfen sie  
1430 nicht aus der Verantwortung entlassen, selbst zu einer stabilen, nachhaltigen und  
1431 armutsmindernden globalen Finanzarchitektur beizutragen.

1432 Um die notwendigen Kredite nicht zu finanziellen Bumerangs zu machen, braucht es ein  
1433 geordnetes Staateninsolvenzverfahren bei Überschuldung in Fremdwährung. Nur ein System, das  
1434 die Interessen der Gläubiger\*innen und Schuldner\*innen austariert, führt zu adäquater  
1435 Kreditversorgung und nachhaltiger Lösung von Überschuldungskrisen. Dabei spielen die  
1436 aktuelle Regierungsführung und das Schuldenmanagement eine zentrale Rolle. Genauso wie  
1437 korrupte Schuldnerregierungen durch Schuldenerlass nicht nachträglich für Fehlinvestitionen  
1438 belohnt werden dürfen, muss „Geierfonds“ durch kollektive vereinbarte Regeln das Einklagen  
1439 von Schulden verwehrt werden.

1440 Wir setzen uns aktiv gegen Steuersümpfe und für eine nachhaltige Finanzierung des  
1441 Gemeinwohls ein. Eine Vielzahl ärmerer Länder sind entgegen jeglicher Logik  
1442 "Nettokreditgeber" – das heißt das Geld, das ihnen über Kapital- und Steuerflucht verloren  
1443 geht, übersteigt die Summe aus Direktinvestitionen, Rücküberweisungen und  
1444 Entwicklungszahlungen. Wir unterstützen daher eine aggressive Vorgehensweise gegen die  
1445 organisierte Ausbeutung über Steuersümpfe und das Bankgeheimnis. Außerdem müssen wir Staaten  
1446 dabei unterstützen, solide Steuersysteme aufzubauen.

### 1447 **13. Stabile und nachhaltige Finanzmärkte und sichere Anlagen**

1448 Der Finanzsektor sollte eine zentrale Grundlage für die Ermöglichung realwirtschaftlicher  
1449 Aktivitäten und damit der Vielfalt unserer Lebensentwürfe sein. Heute nimmt er diese  
1450 positive Funktion oft nicht wahr. Daher brauchen wir klare und effektive Regeln, die die  
1451 globale Finanzmarktarchitektur auf diese Aufgabe fokussiert. Dazu zählen Zahlungsverkehr,  
1452 Kreditvergabe, Sparmöglichkeiten, Investitionsfinanzierung, Absicherungsgeschäfte und  
1453 internationale Handelsunterstützung. Dabei gilt es, seine Funktion als Dienstleister  
1454 gegenüber allen Bevölkerungsgruppen sicherzustellen und die Fähigkeit zum Umgang mit  
1455 Finanzdienstleistungen staatlich zu fördern („financial inclusion“).

1456 Banken und Finanzmärkte sollen dazu dienen, Bürger\*innen attraktive Sparmöglichkeiten  
1457 anzubieten und Investitionen zu finanzieren. Mit geeigneten Regulierungen und einer  
1458 umfassenden Finanztransaktionssteuer wollen wir reine Spekulationsgeschäfte und vor allem  
1459 den Hochfrequenzhandel unattraktiv machen. Nicht genutztes Guthaben auf so genannten  
1460 nachrichtenlosen Konten, wollen wir nutzen, um einen Fonds zu schaffen, der zielgerichtet in  
1461 nachhaltige und soziale Innovationen investiert, sofern keine Erbensprüche vorhanden sind.  
1462 Dazu brauchen wir ein datenschutzrechtlich konformes Verfahren zur Erfassung dieser Konten,  
1463 deren Guthaben andernfalls in den Besitz der Banken übergehen.

1464 Lokal agierende kleine und mittelgroße Banken in Deutschland, und immer stärker auch wieder  
1465 im Rest der EU, stellen für die meisten Firmen die Kreditversorgung sicher. In Deutschland  
1466 hat sich das Drei-Säulen-Modell aus Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Privatbanken  
1467 bewährt. Deshalb wollen wir **das Lokalbankenprinzip in ganz Europa stärken**. Öffentliche  
1468 Banken sind dem Gemeinwohl in besonderer Weise verpflichtet und sollten Fragen der nicht-  
1469 finanziellen Berichterstattung zu sozialen, ökologischen und ökonomischen Faktoren eine  
1470 Vorreiterrolle einnehmen. Sparkassen sollen Gemeinwohlberichte erstellen und transparenter  
1471 werden, was die Offenlegung von Gehältern angeht.

1472 Mit einem Regulierungssystem aus klaren, harten aber deutlich weniger komplexen Regeln  
1473 werden kleine Banken entlastet. Unsere europäische **Schuldenbremse für Banken** - eine  
1474 ungewichtete Eigenkapitalquote von zehn Prozent - stellt sicher, dass genügend  
1475 Sicherheitspolster vorhanden sind. Unter EZB-Bankenaufsicht stehende systemrelevante Banken  
1476 müssen zudem zusätzliches Eigenkapital aufbauen, das sich am Risiko des Geschäftsmodells  
1477 orientiert. Zusätzlich wird allen Banken ein prozentual höherer Beitrag zu den  
1478 Einlagensicherungsfonds auferlegt, der die Größe und das Risiko der Bankbilanz  
1479 berücksichtigt. Großbanken müssen kleiner werden. Durch ein effektives Trennbankensystem,  
1480 hohe Eigenkapitalanforderungen und eine vollendete Bankenunion werden sie nicht mehr das  
1481 Finanzsystem gefährden können. Die Rettung von Banken mit Geld der Steuerzahler\*innen gehört  
1482 dann der Vergangenheit an.

1483 Mit den Möglichkeiten der Digitalisierung können neue Akteure auf den Finanzmärkten  
1484 entstehen bzw. wachsen. Sie machen für viele den Finanz- und Zahlungsverkehr einfacher und  
1485 schneller und bieten neue Anlagemöglichkeiten. Wir wollen hier klare Wettbewerbsregeln  
1486 schaffen, in welchen weder Banken noch große Tech-Unternehmen ihre dominante Stellung nutzen  
1487 können, um unliebsame Konkurrenten und Innovationen zu behindern. Die Einführung eines **E-**  
1488 **Euros** bietet Chancen beim Zahlungsverkehr und für neue innovative Dienstleistungen. Diese  
1489 von den Zentralbanken des Eurosystems eingeführte elektronische Währung soll auch vielen  
1490 Menschen im Alltag als einfaches, sicheres und bequemes Zahlungsmittel dienen. **Privates Geld**  
1491 wie etwa der von Facebook geplante Libra hingegen würde kein Problem lösen, aber potentiell  
1492 viele neue schaffen. Eine Verdrängung kleiner Unternehmen über die Währung eines Konzerns,  
1493 die Anhäufung von Zahlungsverkehrsdaten bei einem Unternehmen mit ohnehin schon  
1494 problematischer Datenmacht und die Aushöhlung des staatlichen Geld- und Währungsmonopols  
1495 lehnen wir ab und werden Libra nicht zulassen.

1496 **Versicherungen und Pensionsfonds** stecken derzeit in finanziellen Problemen, weil sich ihre  
1497 Zinserwartungen nicht erfüllt haben. Die große Koalition hat wiederholt Maßnahmen  
1498 eingeläutet, um die Krise der Versicherer einseitig auf Kosten der Kunden zu lösen. Diese  
1499 Politik lehnen wir entschieden ab. Wir werden im Falle einer Schieflage einer Versicherung  
1500 eine faire Lastenverteilung zwischen den Eigentümer\*innen der Unternehmen und den Kund\*innen  
1501 gewährleisten. Das Volumen des Sicherungsfonds Protektor ist im Falle einer Krise viel zu  
1502 gering. Um Abhilfe zu schaffen, muss das Volumen des Fonds deutlich erhöht werden. Auch  
1503 sollte ein europäisches Rückversicherungssystem eingeführt werden. Außerdem werden wir es  
1504 nicht mehr gestatten, dass die Unternehmen Versicherungsverträge ohne die Zustimmung der  
1505 Kund\*in weiterverkaufen.

1506 Die **Finanzberatung** muss sich grundlegend wandeln. Durch Provisionen kommt es heute dazu,  
1507 dass Anleger\*innen nicht die passenden Produkte empfohlen werden, sondern die mit den  
1508 höchsten Provisionen. Mit dem schrittweisen Übergang zur Honorarberatung – die Kund\*in zahlt  
1509 die Beratung also nicht mehr indirekt über die Provision, sondern direkt an die Berater\*in,  
1510 dafür ist das Produkt dann günstiger – wird sich die Qualität der Beratung verbessern und  
1511 sich das Berufsbild der Berater\*innen wandeln. Als Zwischenschritt sollen Finanzinstitute  
1512 Verträge mit Beitragskalkulationen inklusive und exklusive Provisionen bereitstellen.

1513 Der **Finanzsektor** ist entscheidend für mehr Klimaschutz. Klimarisiken, die in Konzern- und  
1514 Bankbilanzen schlummern, sollten bei der Bewertung durch Rating-Agenturen und die  
1515 Finanzmarktaufsicht berücksichtigt werden, zum Beispiel durch Klima-Stresstests für Banken  
1516 und Versicherungen oder durch Aufschläge bei Eigenkapitalanforderungen zu Finanzierungen,  
1517 die hohe Klima- und Umweltrisiken bergen. Besonders Finanzinstitute in öffentlicher Hand, wie  
1518 deutsche und europäische Förderinstitute, aber auch öffentlich-rechtliche Sparkassen müssen  
1519 ihre Investitionen in Kohle-, Öl- und Gas-Konzerne, die Geschäfte auf Kosten des Klimas  
1520 machen, beenden. Zudem müssen staatliche Garantien in der Exportförderung im Einklang mit  
1521 dem Pariser Klimaabkommen stehen.



1522 Die Europäische Zentralbank kann ebenfalls einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Sie sollte  
1523 Klimaschutzziele bei der Entscheidung berücksichtigen, welche Vermögenswerte sie als  
1524 Sicherheit akzeptiert und welche sie im Rahmen der quantitativen Lockerung ankauft.

1525 *Ein Bürger\*innenfonds für stabile und rentable Anlagemöglichkeiten*

1526 Damit die Bevölkerung in Deutschland mehr von den volkswirtschaftlichen Gewinnen der  
1527 Wirtschaft profitieren kann, schlagen wir die Errichtung eines **Bürger\*innenfonds** vor. Er  
1528 soll all den Bürger\*innen eine Beteiligung an Wohlstandsgewinnen sichern, deren Einkommen zu  
1529 klein sind, um selbst Vermögen in Aktien, Immobilien oder anderen Werten anzusparen. In den  
1530 Bürger\*innenfonds zahlt jede Bürger\*in automatisch einen bestimmten Teil seines Einkommens  
1531 ein. So stellen wir für den Fonds eine hohe Anlagesumme sicher und senken damit die  
1532 Verwaltungskosten. Wer aber andere Formen der Anlage bevorzugt, kann der Einzahlung in den  
1533 Bürger\*innenfonds einfach widersprechen (Opt-out). Um Fehler von Riester zu vermeiden, wird  
1534 der Fonds keine Zinsgarantien gewähren, weil sie die Rendite mindern. Sicherheit werden wir  
1535 stattdessen über eine breit gefächerte, diversifizierte, nachhaltige und langfristige  
1536 Anlagestrategie gewährleisten. Der Bürger\*innenfonds bietet also Menschen, die kleine  
1537 Ersparnisse haben, eine risikoarme und vor allem extrem preiswerte Anlageform. Auch die  
1538 Wirtschaft wird von diesem Fonds profitieren. Denn es tritt ein gewünschter Nebeneffekt ein:  
1539 Das Kapital ist nicht von einer kurzfristigen Renditeerwartung getrieben, sondern einer  
1540 nachhaltigen Anlageentwicklung verpflichtet.

#### 1541 **14. Gemeinwohlorientierte Unternehmen stärken**

1542 Im Bereich der sozialen und technischen Infrastruktur (Gesundheit, Bildung, Energie, Wasser,  
1543 Transport), in deren Rahmen für das Leben der Bürger\*innen grundlegende Güter und  
1544 Dienstleistungen zur Verfügung gestellt werden, muss dem öffentlichen Sektor eine wichtige  
1545 Funktion zukommen. Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen im Bereich der öffentlichen  
1546 Pflichtaufgaben der Daseinsvorsorge lehnen wir ab, die Ausbreitung kommerzieller Träger  
1547 wollen wir begrenzen. Außerdem muss die Gemeinwohlorientierung von Unternehmen gestärkt  
1548 werden.

1549 Viele Unternehmen engagieren sich bereits jetzt für ökologische und soziale Ziele. Immer  
1550 mehr Unternehmen schreiben diese gesellschaftlichen Ziele parallel zum wirtschaftlichen  
1551 Erfolg verbindlich fest. Diese ökonomische Bürger\*innenbewegung werden wir systematisch  
1552 stärken. **Unser Ziel ist eine Gründungswelle neuer Genossenschaften und von sozial-ökologisch  
1553 inspirierten Unternehmen.** Dabei wollen wir auch eine Unternehmensrechtsform ermöglichen, die  
1554 eine vollständige Vermögensbindung (asset-lock) erlaubt, so dass das Unternehmen nicht mehr  
1555 von Vermögenseigentümer\*innen sondern von Verantwortungseigentümer\*innen gehalten wird.

1556 Öffentliche Finanzierungsprogramme der Wirtschaftsförderung, Informationsangebote für  
1557 Gründer\*innen und Beratungsangebote für Unternehmen werden wir systematisch für alle  
1558 Unternehmungen öffnen. So wollen wir auch Genossenschaften, Social Startups und Vereine  
1559 stärken, die wirtschaftlich aktiv sind.

1560 Die Unternehmen der sozialen und solidarischen Ökonomie brauchen attraktive Rechtsformen.  
1561 Eine vereinfachte, **allgemeinverständliche Mustersatzung für Genossenschaften** wollen wir in  
1562 Zusammenarbeit mit den Genossenschaftsverbänden breit zugänglich machen. Kleine  
1563 Genossenschaften werden wir von einschlägigen Auflagen des Handelsrechts entlasten. Die  
1564 Überarbeitung der Rechtsformen soll ermöglichen, dass Unternehmen der solidarischen Ökonomie  
1565 sichtbar werden und dadurch in Deutschland und in Europa besser vertreten sind.  
1566 Sozialgenossenschaften sollen künftig nicht mehr durch ein faktisches Kombinationsverbot von  
1567 bezahlter und ehrenamtlicher Arbeit behindert werden. In eine gesetzliche Reserve  
1568 eingestellte Gewinne wollen wir von der Körperschafts- und Gewerbesteuer freistellen. So  
1569 stärken wir die Eigenkapitalbasis und Investitionsfähigkeit von Genossenschaften. Auf

1570 europäischer Ebene setzen wir uns für ein Label von Produkten aus der sozialen und  
1571 solidarischen Ökonomie ein. Wer keinen Gewinn machen will, ist auf eine günstige  
1572 Finanzierung angewiesen. Wir wollen Sozialunternehmen diese bereitstellen, zum Beispiel über  
1573 Kreditprogramme der öffentlichen Förderbanken.

1574 So unterstützen wir die Förderung kooperativer und regionaler Unternehmensformen und damit  
1575 die Stärkung lokaler Wirtschaftsstrukturen stärkt. Damit begünstigen wir engere Beziehungen  
1576 zwischen Konsumierenden und Produzierenden und regionalisieren Wertschöpfungsketten.

1577 Zugleich gilt es, den **Bürgerenergiegenossenschaften** die regulativen Fesseln abzunehmen,  
1578 damit sie wieder zu kraftvollen Akteuren der Energiewende werden. Wir wollen die EU-  
1579 Richtlinie über den Elektrizitätsbinnenmarkt so wirtschaftsfreundlich in deutsches Recht  
1580 übersetzen, dass die Bürger\*innenenergie umfassend gestärkt wird. Beim Mieter\*innenstrom  
1581 wollen wir hinderliche Preisvorgaben abschaffen, um dezentrale Investitionen in Erneuerbare  
1582 zu ermöglichen.

1583 Viele Unternehmen engagieren sich im Rahmen der Gemeinwohlökonomie. Wir wollen, dass auch  
1584 Unternehmen im Bundesbesitz **Gemeinwohlbilanzen** erstellen oder in die Finanzbericht  
1585 integrierte sozial-ökologische Kriterien gleichwertig mit den finanziellen Kriterien  
1586 berichten. Eine Verankerung von Gemeinwohlbilanzen oder der integrierten Bilanzierung von  
1587 sozial-ökologischen Kriterien wollen wir über die CSR (Corporate Social Responsibility-)  
1588 Richtlinie hinaus im europäischen und deutschen Recht verankern. Auch heutige  
1589 gewinnorientierte Rechtsformen wie die Aktiengesellschaft sollen sich per Mehrheitsbeschluss  
1590 künftig andere Ziele geben können als die Maximierung des Profits, ohne dass sie dem Risiko  
1591 ausgesetzt sind, dass Minderheitsgesellschafter\*innen dagegen klagen.

## 1592 **15. Investitionen solide und gerecht finanzieren**

1593 Wir wollen die **öffentlichen Investitionen deutlich steigern**. Ein Land, in dem jede achte der  
1594 insgesamt 40.000 Brücken marode ist, das weniger Geld in Bildung steckt als fast all seine  
1595 Nachbarländer, das für seine Funklöcher berüchtigt ist statt berühmt für seine Smartphones,  
1596 ein solches Land lebt von vergänglicher Substanz. Es wird dauern, die politischen Vorzeichen  
1597 auf Vernunft zu drehen. Umso wichtiger ist es, jetzt damit zu beginnen. Investitionen  
1598 schaffen öffentliche Güter. Sie kosten Geld, aber wenn in das Richtige, Zukunftsfähige  
1599 investiert wird, schaffen sie Wohlstand. Jede Ausgabe, die der Staat so tätigt, führt in der  
1600 Wirtschaft zu Einnahmen und es werden Jobs geschaffen. Für einen Euro, den wir klug  
1601 investieren, kann unsere Wirtschaftsleistung um deutlich mehr als einen Euro steigen. Eine  
1602 stärkere Investitionspolitik steht dabei auch im Zeichen der Generationengerechtigkeit, denn  
1603 zukünftige Generationen haben nichts davon, wenn sie in ein paar Jahrzehnten zwar mit einer  
1604 Schwarzen Null, aber auch einer vollkommen kaputt gesparten Infrastruktur dastehen.

1605 Wir wollen diese Investitionen finanzieren, indem wir Fehlanreize abstellen, Gelder  
1606 umschichten und gezielt Investitionen über Kredite ermöglichen. Wir unterscheiden dabei  
1607 zwischen einmaligen Investitionen und dauerhaften Ausgaben. Diese dauerhaften Ausgaben zum  
1608 Beispiel für Bildung und Gerechtigkeit sind für den sozialen Ausgleich und den Zusammenhalt  
1609 der Gesellschaft essenziell. Diese dauerhaften Ausgaben wollen wir durch laufende  
1610 Steuereinnahmen, eine gerechtere Besteuerung von Vermögen und die Bekämpfung von  
1611 Steuerbetrug und -umgehung gegenfinanzieren.

1612 Bisher scheitern Investitionsprogramme auch an mangelnden Kapazitäten in der Bauwirtschaft  
1613 oder in den Planungsabteilungen des öffentlichen Dienstes. Unsere Investitionspolitik ist  
1614 deshalb verlässlich und langfristig angelegt, so dass sowohl die private Bauwirtschaft als  
1615 auch der öffentliche Dienst wieder mehr Kapazitäten aufbauen können. Wir investieren  
1616 dauerhaft und nachhaltig.

1617 *Investitionsgesellschaften gründen*

1618 Viele Investitionen schaffen werthaltige Wirtschaftsgüter, mit denen sich Einnahmen erzielen  
1619 lassen. Eine Stromleitung erzielt Einnahmen durch den durchgeleiteten Strom. Das gleiche  
1620 gilt analog für Ladeinfrastruktur für Elektroautos, Breitband für Internet und vieles  
1621 andere. Um diese Investitionen effizient durchzuführen, werden wir sie jeweils in  
1622 öffentlichen Investitionsgesellschaften bündeln, darüber finanzieren und stringent managen.  
1623 Damit werden wir nachhaltige Werte für die nächste Generation schaffen, die sich auch  
1624 wirtschaftlich rechnen, insbesondere in Zeiten von Nullzinsen, ja mitunter sogar negativer  
1625 Zinsen.

1626 Die grundgesetzlichen Regelungen zur Schuldenbremse sehen vor, dass die Verschuldung von  
1627 **öffentlichen Gesellschaften** wie zum Beispiel der Bahn, Wohnungsbaugesellschaften oder  
1628 öffentlichen Krankenhäusern nicht auf die Schuldenbremse angerechnet werden. Das gleiche  
1629 gilt für die neu zu gründenden Investitionsgesellschaften. Daher werden wir sie aus dem  
1630 Investitionsfonds mit genügend Eigenkapital ausstatten, damit sie sich wie jedes private  
1631 Unternehmen auch am Finanzmarkt selbst zusätzliches Kapital besorgen können. Der Bund gibt  
1632 für diese Kreditaufnahme eine Staatsgarantie. So könnte der Bund zum Beispiel eine  
1633 Ladesäulengesellschaft neu gründen, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben für  
1634 Wohnungsneubau und Gebäudesanierung eine Kreditaufnahme erlauben und die Verschuldungsgrenze  
1635 bei der Deutsche Bahn erhöhen. **Good Governance** und demokratische Beteiligung sollen für  
1636 Transparenz und Kontrolle sorgen. Die Regierung muss steuern können und für Parlament und  
1637 Öffentlichkeit müssen Entscheidungen und Mittelverwendung transparent sein. Die  
1638 Privatisierung dieser Gesellschaften wollen wir dauerhaft ausschließen, damit öffentliches  
1639 Vermögen auch öffentlich bleibt.

1640 *Die Begrenzung der Staatsschulden mit Investitionen in Infrastruktur kombinieren*

1641 Es war richtig, dass sich Deutschland Regeln gegeben hat, die dafür sorgen, dass es nicht zu  
1642 exzessiver Verschuldung der öffentlichen Hand kommt. Sie haben – gemeinsam mit der  
1643 Geldpolitik der Europäischen Zentralbank – geholfen, die Verschuldung einzudämmen. In  
1644 Deutschland ist die Schuldenquote so von 80 Prozent auf unter 60 Prozent der  
1645 Wirtschaftsleistung zurückgegangen. An diesem Erfolg wollen wir festhalten.

1646 Aber nicht nur Schulden im Haushalt sind Schulden. Wenn wir jetzt nicht in Bildung,  
1647 Innovation und Forschung sowie in Maßnahmen zum Klimaschutz investieren, verspielen wir  
1648 unseren zukünftigen Wohlstand. Außerdem würden die Finanzmärkte, die immer auch sichere  
1649 Anlagemöglichkeiten wie Staatsanleihen brauchen, bei einem immer geringeren Schuldenstand  
1650 nicht mehr stabil funktionieren, weil ihnen sichere Anlagemöglichkeiten fehlen. **Wir wollen  
1651 daher die Schuldenbremse im Rahmen der europäischen Stabilitätskriterien weiterentwickeln  
1652 und sie mit einer verbindlichen Investitionsregel verknüpfen.** Wenn der Bund mehr investiert  
1653 als sein Vermögen an Wert verliert – wenn er also neue Werte schafft – soll dies auch durch  
1654 die Platzierung von neuen Anleihen finanziert werden können. **Die öffentlichen Investitionen  
1655 sollen mindestens so hoch sein, dass sich das öffentliche Vermögen nach Abnutzung und  
1656 Wertverlusten mindestens im Gleichklang mit der Wirtschaftsleistung bewegt.**

1657 Diese Möglichkeit ist für Deutschland entsprechend den europäischen Vorgaben daran gebunden,  
1658 dass die öffentliche Schuldenquote unterhalb der Maastricht-Marke von 60 Prozent des BIP  
1659 liegt und das strukturelle Defizit maximal ein Prozent der Wirtschaftsleistung beträgt.  
1660 Durch diese Beschränkungen ist sichergestellt, dass die Schuldenquote sogar weiter fallen  
1661 würde. Das gilt umso mehr, als dadurch zusätzliche Nachfrage und damit wirtschaftliche  
1662 Entwicklung entsteht. Gerade im Falle eines bevorstehenden Abschwungs halten wir diese  
1663 Möglichkeit für sinnvoller als etwa pauschale Steuererhöhungen oder Ausgabenkürzungen, denn  
1664 diese würden den Abschwung noch verschärfen. Das wäre das Gegenteil einer nachhaltigen  
1665 Finanzpolitik.

1666 Durch unseren Vorschlag dürfte der Bund im Durchschnitt etwa 35 Milliarden Euro pro Jahr  
1667 Kredite aufnehmen. Diese Gelder wollen wir in einen **Bundesinvestitionsfonds** überführen, der  
1668 als Sondervermögen im Bundeshaushalt nicht der Jährlichkeit des Haushalts unterliegt. Er  
1669 kann dann zweckgebunden investieren und auch eine stärkere antizyklische Wirkung entfalten.  
1670 Um den Investitionsfonds abzusichern und sauber zu implementieren, streben wir eine Änderung  
1671 des Grundgesetzes an.

1672 Für eine optimale Steuerung von Staatsschulden und Investitionen erhalten Länder und  
1673 Kommunen einen verbindlich vereinbarten Anteil aus den Mitteln des Bundes-Investitionsfonds,  
1674 an dem alle Länder partizipieren und selbst entscheiden können, für welchen der vorgegebenen  
1675 investiven Zwecke sie die Mittel einsetzen.

1676 Es ist richtig, dass die Maastricht-Kriterien die Staatsverschuldung auch auf europäischer  
1677 Ebene begrenzen. Bei der anstehenden Reform wollen wir die Anreize für staatliche  
1678 Investitionen im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts verbessern. Zum Beispiel indem  
1679 Investitionsausgaben bei der Berechnung der Defizitquoten ähnlich wie private Investitionen  
1680 über mehrere Jahre abgeschrieben werden können. Damit stärken wir öffentliche Investitionen  
1681 gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs. Außerdem unterstützen wir Bestrebungen,  
1682 die Europäische Investitionsbank in eine Bank für Investitionen für die sozial-ökologische  
1683 Transformation umzubauen und setzen uns für einen stärkeren europäischen Haushalt ein. Wir  
1684 kommen beim Klimaschutz, bei Innovationen und dem sozialen Zusammenhalt besser und schneller  
1685 gemeinsam voran. Dafür sind wir auch bereit, einen größeren deutschen Beitrag für diesen  
1686 europäischen Mehrwert zu verteidigen.

1687 [1](#) Wir beschreiben im Antrag „Handeln – und zwar jetzt“ ausführlich unseren Maßnahmenplan für  
1688 einen radikal realistischen und sektorenübergreifenden Klimaschutz.